



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 4

April 1966

Grafik des Monats: Kreis- und Gemeindewahl 1966

- Sitzverteilung -

Aufsätze:

Wohnungswünsche 1965

Haushalt und Familie

Realschüler 1965

Binnenfischerei 1961/62

Güterverkehr Eisenbahn

Kurzberichte:

Streiks 1960 - 1965

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1964/65	1965/66	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt September bis Januar ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex (ohne Bau)	1958 = 100	138	141	+ 2
Beschäftigte ²	1 000	176	178	+ 2
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	745	790	+ 6
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	24	24	- 1
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	10,0	8,6	- 14
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 383	2 209	- 7
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	103,3	129,0	+ 25
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	80,2	97,2	+ 21
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 483	5 398	+ 20
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	98,1	101,1	+ 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	104,4	107,3	+ 3
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	102,6	104,8	+ 2
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	106,6	114,8	+ 8
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	106,2	110,4	+ 4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	105,4	110,3	+ 5
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	1 932	2 061	+ 7
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	5 254	6 037	+ 15
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	2 634	3 057	+ 16
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	54	60	+ 12
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	82	89	+ 9
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	45	49	+ 10
Lohnsteuer	Mill. DM	55	56	+ 3

1) bei "Verkehr" und "Geld und Kredit": August bis Dezember 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl.
Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes;
Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft
7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichs-
steuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

INHALT 4/66

Aktuelle Auslese	73
Aus dem Inhalt	74-75
Aufsätze	
Die Struktur der Wohnungswünsche 1965	76-79
Haushalt und Familie	80-83
Die Realschüler 1965	83-87
Binnenfischerei in Schleswig-Holstein 1961/62	88-93
Güterverkehr auf den Eisenbahnen	93-95
Kurzberichte	
Streiks und Aussperrungen 1960 bis 1965	95-96
Grafik des Monats	84-85
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B – Industrie –	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/1965

Bundestagswahl 1965 (Teil 1)
Gebäude in der Landwirtschaft
Sozialhilfe 1963 und 1964
Finanzierung des Studiums
Produktionswerte Industriebetriebe

Heft 12/1965

Bundestagswahl 1965 (Teil 2)
Wanderungen 1964
Handelsdüngeraufwand
Personal im öffentlichen Dienst

Heft 1/1966

Bundestagswahl 1965 (Teil 3)
Qualität der Schlachttiere
Umsätze 1964
Preisentwicklung Bauwirtschaft
Nebenfunktionen im Handwerk
Arbeiterverdienste Landwirtschaft

Heft 2/1966

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964
Bevölkerung nach dem Familienstand
Öffentliche Tiefbauaufträge 1964
Verbrauch in privaten Haushalten
Feuerwehreinsätze 1964

Heft 3/1966

Vorausschätzung Landwirtschaft
Bodennutzung 1965
Bilanzstruktur der Unternehmen 1963



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

18. Jahrgang · Heft 4

April 1966

Aktuelle Auslese



Niedrige Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl 1966

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Gemeindevahl in den kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den Kreisen hat die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein einen Tiefstand erreicht. Nur 68,8 % der Wahlberechtigten gingen zur Wahl. 1962 waren es noch 71,2 % und 1959 sogar 76,1 % gewesen. Im Gegensatz dazu steht die Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 1965 mit 85,9 %.

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein erhielten die drei großen Parteien folgende Stimmanteile:

Jahr	CDU	SPD	FDP
1959	39,9 %	36,9 %	8,9 %
1962	42,3 %	38,3 %	10,7 %
1966	45,1 %	39,8 %	9,8 %



Über 30 000 Wohngeldempfänger

Ende des vergangenen Jahres sind auf Grund des Wohngeldgesetzes an rund 31 300 Haushalte in Schleswig-Holstein Miet- oder Lastenzuschüsse gezahlt worden. Nahezu 11 100 Anträge auf Wohngeld waren zu diesem Zeitpunkt von den Bewilligungsstellen noch nicht entschieden worden. Ende 1964 dagegen gab es nur 14 400 Wohngeldempfänger in Schleswig-Holstein und nur gut 2 000 unerledigte Anträge. Die Zahl der Wohngeldempfänger hat sich demnach mehr als verdoppelt.

Dem Land sind im Jahre 1965 durch das Wohngeld Ausgaben in Höhe von fast 12 Mill. DM entstanden, wovon der

Bund auf Grund seiner gesetzlichen Verpflichtung die Hälfte trägt.



Unvermindert hoher Bauüberhang

In Schleswig-Holstein übernahm das Jahr 1966 aus dem Vorjahr einen Bauüberhang von 37 590 Wohnungen. Der Bauvorrat am Ende des Jahres 1965 war damit trotz der hohen Jahresbauleistung von 29 363 Wohnungen fast ebenso groß wie zu Beginn.

Nicht ganz die Hälfte (45 %) der Wohnungen des Bauüberhangs war zu Beginn des Jahres 1966 bereits unter Dach. Mit dem Bau jeder vierten Wohnung war zwar bereits begonnen worden, das Haus war aber noch nicht rohbaufertig. Der erste Spatenstich für den Rest (29 %) der Wohnungen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht getan.



Mehr tödlich verunglückte ältere Fußgänger

Im Jahre 1965 ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins über 12 500 Verkehrsunfälle mit Personenschaden, 4 % weniger als 1964. Die Zahl der Getöteten belief sich 1964 auf 694 Personen und 1965 auf 667 Personen. Obwohl 1965 27 Personen weniger tödlich verunglückten als 1964, stieg die Zahl der tödlich verunglückten Fußgänger um 13 auf 226. Darunter befanden sich wie im Vorjahr 46 Kinder. Die Zahl der Fußgänger im Alter von über 65 Jahren, die tödlich verunglückten, erhöhte sich jedoch von 87 Personen (1964) auf 106 (1965).

Aus dem Inhalt

Wohnungswünsche 1965

Seite 76

Im Herbst 1965 wurde eine 1%ige Wohnungsstichprobe durchgeführt, aus der erste Ergebnisse einer Vorauswertung vorliegen. Mit Hilfe dieser vorläufigen Ergebnisse ist es möglich, die Öffentlichkeit in groben Zügen über die Wohnungswünsche in Schleswig-Holstein zu unterrichten.

Von etwa 8 300 mit Erfolg befragten Haushalten haben dem Interviewer auf die Frage nach einem beabsichtigten Wohnungswechsel 15 % mit "Ja" geantwortet. Auf die gleiche Frage hatten 1960 noch 20 % der Haushalte mit der Nennung eines Wohnungswunsches reagiert. Annähernd jeder dritte Haushalt oder Haushaltsteil, der dem Interviewer gegenüber geäußert hat, anders wohnen zu wollen, hat für die Erfüllung dieses Wunsches bisher noch nichts unternommen. Bei der Befragung im Jahre 1960 traf dies noch für jeden zweiten Haushalt mit einem Wohnungswunsch zu.

Die Masse, nämlich über 70 % der Haushalte mit Wohnungswunsch, erstreben wie früher eine zusagende Mietwohnung. Jeder vierte Haushalt möchte Hauseigentümer oder wenigstens Wohnungseigentümer werden. Die 1960, verglichen mit 1957, ausgeprägtere Vorliebe für das eigene Haus oder für die Eigentumswohnung hat sich bei der Befragung im Herbst vergangenen Jahres für die Gesamtheit aller Haushalte mit einem Wohnungswunsch nicht weiter verstärkt.

Jeder zweite Haushalt, der anders wohnen will, ist mit der Größe und der Ausstattung seiner jetzigen Wohnung nicht zufrieden. Unter den mit der Größe der jetzigen Wohnung nicht einverstanden Haushalten sind auch solche, die eine kleinere Wohnung anstreben.

Wie auch in den vorangegangenen Erhebungen festgestellt worden ist, sind es hauptsächlich (35 %) Familien mit möglicherweise schulpflichtigen Kindern, die auf Wohnungssuche sind. Aber auch Familien, wo die Kinder in das schulpflichtige Alter erst hineinwachsen, äußern relativ häufig (22 %) einen Wohnungswunsch. 9 % der Haushalte mit Veränderungsabsichten sind kinderlose Ehepaare, bei denen das Alter der Ehefrau einen Nachwuchs nicht ausschließt. Jeder sechste der nach einer anderen Wohnung Ausschauenden ist ein Alleinstehender.

Die durchschnittliche Größe der gewünschten Mietwohnungen – gemessen an der Zahl der Räume einschließlich der Küchen – hat sich mit 3,7 Räumen gegenüber 1960 mit 3,5 Räumen nur unwesentlich erhöht. Im Schnitt aller Wohnungssuchenden ist man 1965 bereit, für eine Wohnung mit 3,7 Räumen monatlich 134 DM für Miete auszugeben. Das sind rund 150 % mehr als 1957 und rund 70 % mehr als 1960.

Haushalt und Familie

Seite 80

Durch besondere Auswertung einer aus dem Volkszählungsmaterial gezogenen Stichprobe wurde versucht, die im

Haushalt zusammenlebende Familie und ihre Zusammensetzung sichtbar zu machen. Dabei wurde eine Familienabgrenzung zugrunde gelegt, die in einer weitgefaßten Auslegung alle in gerader Linie verwandten Personen einschließt, wozu z. B. auch die im Haushalt lebenden Schwiegersöhne und -töchter zählen.

Vorherrschend ist der Haushalt, in dem zwei Generationen leben. Genau die Hälfte aller Haushalte mit 65 % der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung gehörte 1961 in Schleswig-Holstein zu diesem Typ. In erster Linie (38 % aller Haushalte) ist es eine Familie, die aus einem Ehepaar mit nachfolgender Generation lediger Kinder besteht. In derartigen Familien leben 53 % der Bevölkerung.

44 % aller Haushalte beherbergen lediglich eine Generation. Hierzu gehört nur knapp ein Viertel der Bevölkerung. Zu dieser Gruppe rechnen auch die Einpersonenhaushalte, die 21 % aller Haushalte ausmachen, mit 7 % der Bevölkerung. Nur in 6 % aller Haushalte leben drei und mehr Generationen. Der Bevölkerungsanteil liegt bei 11 %.

Veränderungen in der Struktur der Familien und Haushalte können auf Grund der Mikrozensusauswertungen für den Zeitraum ab 1957 verfolgt werden. Zu beobachten ist eine Zunahme der Zwei-Generationen-Haushalte und der allein-stehenden Ledigen. Dem steht ein Rückgang des Anteils der Drei- und Vier-Generationen-Haushalte gegenüber, aber auch eine Verminderung der Zahl der alleinlebenden Ehepaare.

Wie bereits erwähnt, ist der wichtigste Familientyp der, der aus einem Ehepaar mit einem oder mehreren Kindern besteht. Hierzu rechnet mehr als die Hälfte der Bevölkerung. In ihm lebt der überwiegende Teil, nämlich 81 % aller Kinder unter 15 Jahren. 13 % aller Kinder unter 15 Jahren leben in Haushalten, in denen drei oder mehr Generationen zusammen wohnen. Insgesamt sind 91 % aller Kinder in der Obhut beider Eltern. In der Obhut eines Elternteils leben 8 % aller Kinder unter 15 Jahren.

Realschüler 1965

Seite 83

Im Mai 1965 gab es in Schleswig-Holstein 105 öffentliche Realschulen mit 36 300 Schülern. Außerdem führten 50 ländliche Volksschulen Aufbauzüge (ländliche Realschulen), die von 4 900 Schülern besucht wurden. Die öffentlichen Realschulen und Aufbauzüge Schleswig-Holsteins hatten zusammen 41 200 Schüler, 300 mehr als im Mai 1964. Hinter dieser kleinen Veränderung stehen aber 9 700 Abgänge und 10 000 Zugänge. Den größten Teil der Zugänge stellten die in die unterste Klasse neu aufgenommenen Schüler. Sie machten acht Zehntel aller Zugänge aus.

Im Frühjahr 1965 verließen 6 300 Schüler die Realschule oder einen Aufbauzug, um unmittelbar in einen Beruf zu

gehen. Von diesen Schülern – hierbei konnten nur die Schüler aus selbständigen Realschulen berücksichtigt werden – hatten 87 % das Abschluszeugnis erhalten.

In Schleswig-Holstein lernen alle Realschüler Englisch. Als weitere Fremdsprache wird von der siebenten Klasse an Französisch gelehrt. Im Mai 1965 wurden die siebenten bis zehnten Klassen zusammen von rund 28 100 Realschülern besucht. Von diesen Schülern nahmen 37 % am Französischunterricht teil.

Die Schulverhältnisse für die Realschüler sind in den letzten Jahren – gemessen an den Relationen Schüler je Klasse, Schüler je Lehrer und Lehrer je Klasse – besser geworden. Beachtenswert ist ferner, daß sich auch in den Realschulen der Anteil der Lehrerinnen laufend erhöht hat. 1965 betrug ihr Anteil 43 %.

Binnenfischerei 1961/62

Seite 88

Im Jahre 1962 gab es in Schleswig-Holstein 92 Betriebe der Seen- und Flußfischerei (ohne Sportfischerei). Sie bewirtschafteten zusammen 22 700 ha befischter Gewässerfläche. In der Seen- und Flußfischerei wurden 1961 760 100 kg Speise- und Futterfische gefangen. An der Spitze der gefangenen Edelfische stand der Aal mit knapp einem Fünftel der gesamten Fangmenge. In der Seenfischerei wurden 26,5 kg Fische je ha befischter Gewässerfläche gefangen. Die Unterschiede in den einzelnen Betriebsgrößenklassen und in den einzelnen Betrieben waren erheblich. 1961 wurden rund 7 Mill. Stück Fischgut und 800 000 Setzlinge in den Flüssen und Seen ausgesetzt. In der Seen- und Flußfischerei waren 1962 82 Betriebsinhaber und Familienangehörige sowie 49 fremde Arbeitskräfte das ganze Jahr voll in der Fischerei beschäftigt. Weitere 57 Betriebsinhaber und Familienangehörige sowie 51 fremde Arbeitskräfte waren nur einen Teil des Jahres tätig.

Anfang Juni 1962 waren 94 Betriebe mit Teichwirtschaft und Fischzucht in Schleswig-Holstein vorhanden. Dieser Erwerbszweig wurde überwiegend nebenberuflich betrieben. Nur 16 Betriebsinhaber übten die Teichwirtschaft und Fischzucht hauptberuflich aus. Die Betriebe bewirtschafteten 756 Karpfen- und Forellenteiche mit einer Wasserfläche von 1 550 ha. Genau die Hälfte der Betriebe hatte eine Teichfläche von weniger als 5 ha. Die meisten Betriebe hatten Karpfenteiche, nur wenige Forellenteiche.

Im Bundesgebiet gab es 1962 1 370 Betriebe der Seen- und Flußfischerei mit 112 000 ha befischter Gewässer-

fläche. Die durchschnittliche Größe betrug bei den Betrieben der Seenfischerei 213 ha (in Schleswig-Holstein 305 ha), bei denen der Flußfischerei 50 ha (in Schleswig-Holstein 99 ha). Die Schwerpunkte der Seen- und Flußfischerei in der Bundesrepublik liegen eindeutig in Bayern, wo sich jeweils um 50 % der Betriebe und der bewirtschafteten Gewässerfläche in diesen beiden Betriebsarten befinden. Die Bedeutung der Seenfischerei in Schleswig-Holstein kommt darin zum Ausdruck, daß hier knapp ein Viertel der Betriebe und gut ein Drittel der befischten Gewässerfläche des Bundesgebietes liegen. Das ist nach Bayern der zweithöchste Anteil.

Güterverkehr Eisenbahn

Seite 93

Die von den Eisenbahnen beförderte Gütermenge in Schleswig-Holstein lag 1956 mit 8,7 Mill. t (ohne Dienstgut- und Militärverkehr) am höchsten seit Kriegsende. 1959 wurden nur noch 7,35 Mill. t befördert. Danach haben sich aber die Lieferungen von Kohle nach Schleswig-Holstein wieder verstärkt, so daß sich auch die Gesamtmenge wieder erhöhte. Sie wuchs von Jahr zu Jahr und betrug 1963 wieder 8,52 Mill. t. Damit lag sie nur noch wenig unter der von 1956. Empfang und Versand sind an der Gesamtmenge ungleich beteiligt. Der Empfang ist etwa doppelt so groß wie der Versand. Die Verkehrsbezirke des Landes sind in sehr unterschiedlichem Maße an dem Transportvolumen beteiligt. Die Transporte innerhalb des Landes bestehen zu über der Hälfte aus Mineralöl und Mineralölerzeugnissen. Mit den Nachbarn Hamburg und Niedersachsen ist der Güteraustausch rege. Der Güteraustausch mit Hamburg ist sehr vielseitig und ohne Schwerpunkte. Nach Niedersachsen wird in erster Linie Phosphatdünger versandt. Nordrhein-Westfalen ist Lieferant von Kohlen, neben denen die übrigen Güter zurücktreten. Auch aus Mitteldeutschland kommen größere Gütermengen. Alle anderen Länder haben dagegen nur einen bescheidenen Anteil.

Streiks 1960–1965

Seite 95

1960, 1963 und 1965 hat das Landesarbeitsamt keinen Streik in Schleswig-Holstein registriert. In den Jahren 1961, 1962 und 1964 hat es nur unbedeutende Ausfälle an Arbeitstagen durch Streiks gegeben. Aussperrungen gab es in Schleswig-Holstein zwischen 1960 und 1965 überhaupt nicht.

Die Struktur der Wohnungswünsche 1965

Erste vorläufige Ergebnisse der 1%igen Wohnungsstichprobe 1965

Mit den Stimmen aller Parteien hat der 4. Bundestag als eine seiner letzten gesetzgeberischen Tätigkeiten die Durchführung einer 1%igen Wohnungsstichprobe für den Herbst des vergangenen Jahres angeordnet. Wie bei den vorangegangenen Erhebungen in den Jahren 1960 und 1957 war es der Sinn dieser mit Hilfe von Interviewern durchgeführten Erhebung, die Wohnungsprobleme unseres Landes tiefer, schneller und billiger offenzulegen, als es mit einer Totalzählung möglich wäre. Da sich die hauptsächliche Blickrichtung der Wohnungswirtschaftler mit zunehmendem zeitlichen Abstand von den Wohnverhältnissen der unmittelbaren Nachkriegszeit gewandelt hat, nämlich von der Beseitigung einer akuten Wohnungsnot auf eine Verbesserung des Wohnungsstandards im weitesten Sinne (Sanierung und Stadterneuerung), deckt sich der Inhalt der Befragung nicht ganz mit dem ihrer Vorgängerinnen. Alle Befragungen haben aber eines gemeinsam: den Personenkreis, die Ursachen und die Ziele der Wohnungswünsche im Griff zu behalten. Einem Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Vertriebene folgend ist daher das Statistische Landesamt mittels einer Vorauswertung dieser speziellen Fragestellung nachgegangen.

Der vorläufige Charakter der hier kommentierten Ergebnisse wird in Kürze von einem maschinell erarbeiteten, endgültigen und tiefer gehenden statistischen Material abgelöst und vervollständigt werden. Die bisherigen Erfahrungen mit den früheren manuellen Vorauswertungen haben aber gezeigt, daß die grundsätzlichen Aussagen an Hand der vorläufigen Ergebnisse dadurch keine Korrektur erfahren und daß es somit vertretbar ist, der Aktualität statistischer Aussagen zuliebe den für die Wohnungspolitik Verantwortlichen jetzt schon Unterlagen für ihre Überlegungen an die Hand zu geben und die Öffentlichkeit in groben Zügen über die Wohnungswünsche in Schleswig-Holstein zu unterrichten. Es wird bewußt darauf verzichtet, an dieser Stelle methodische Fragen der Erhebung anzusprechen. Die für die richtige Abwägung der Ergebnisse notwendige Kenntnis der Auswahltechnik ist am Ende dieser Darstellung vermerkt. Hinzuzufügen ist noch, daß im allgemeinen wegen der Problematik der Hochrechnung darauf verzichtet wird, absolute Werte anzugeben. Auch bei den Prozentzahlen muß selbstverständlich ein gewisser Stichprobenfehler berücksichtigt werden. In den wenigen Ausnahmefällen der Nennung absoluter Zahlen

dienen diese lediglich der Andeutung von Größenordnungen.

15% der Haushalte nannten einen Wohnungswunsch

Von etwa 8 300 mit Erfolg befragten Haushalten haben dem Interviewer auf die Frage nach einem beabsichtigten Wohnungswechsel 15% mit "Ja" geantwortet. Auf die gleiche Frage hatten 1960 noch 20% der Haushalte mit der Nennung eines Wohnungswunsches reagiert. Wenn man bedenkt, daß in den fünfeinhalb Jahren zwischen diesen beiden Erhebungen in Schleswig-Holstein annähernd 130 000 Wohnungen neu hinzugekommen sind, überrascht im ersten Augenblick die relativ geringe Abdeckung der Wohnungswünsche durch die Neubautätigkeit. Außer dem dynamischen Faktor der Haushaltsneugründung, der einen Teil der neu erbauten Wohnungen für sich in Anspruch nimmt, liegt die Erklärung hierfür in dem sehr hohen Anteil der "Wohnungswechsler", also der Haushalte, die bereits Hauptmieter (79%) oder Gebäude- bzw. Wohnungseigentümer (8%) gewesen sind.

Die verbleibenden 13% der Haushalte mit einem Wohnungswunsch sind Untermieter, die aus naheliegenden Gründen eine eigene Wohnung suchen. Es fehlten demnach im Herbst des vergangenen Jahres in Schleswig-Holstein noch etwa 16 000 Wohnungen zur Verwirklichung der ersten Stufe der staatlichen Wohnungspolitik: jedem eine Wohnung, unter der Voraussetzung natürlich, daß diese auch am richtigen Ort zur Verfügung steht.

Die Dringlichkeit der zweiten Stufe der staatlichen Wohnungspolitik: jedem seine Wohnung, kommt augenfällig in der großen Zahl von "Wohnungswechslern" zum Ausdruck. Es sind dies etwa 100 000 Haushalte, ebensoviel wie im Jahre 1960 bei einem Bestand von annähernd 750 000 Wohnungen. Wie bereits bei der Kommentierung der Ergebnisse der 1%igen Wohnungsstichprobe 1960 erläutert worden ist¹, spielen hierfür die Zusammenhänge zwischen Einkommenshöhe und erstrebtem Wohnungsstandard eine entscheidende Rolle. Auch die Auflockerung des Wohnungsmarktes durch die inzwischen weitgehende Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung dürfte hierzu beigetragen haben.

¹) vergleiche Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 196 (September): "Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein"

Haushalte mit Wohnungswunsch

Jahr	Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Befragte Haushalte mit Wohnungswunsch ¹	davon wünschen		
			eine Mietwohnung	ein eigenes Haus, eine Eigentumswohnung	Untermiete-, Anstaltsunterbringung u. a. ²
			%		
1957		180 000	77	21	1
1960		150 000	72	24	5
1965		125 000	70	25	5
davon					
Selbständige		(9 000)	(47)	(51)	(2)
Beamte und Angestellte		36 000	68	28	4
Arbeiter		49 000	71	28	1
Nichterwerbspersonen		31 000	78	10	12
Insgesamt		125 000	70	25	5

1) hochgerechnete Zahlen

2) auch Aufnahme als Mitglied eines anderen Haushalts, Fortzug in das Ausland

Um die Wunschträume von den ernsthaften Bemühungen um eine andere Wohnung trennen zu können, ist auch bei dieser Erhebung nach den bisher unternommenen Schritten gefragt worden. Die Antwortmöglichkeiten gingen bei den Bewerbern um eine Wohnung von Verhandlungen mit Maklern, Bauherren und Wohnungsbaugesellschaften bis zu der Beantwortung und Aufgabe von Zeitungsinseraten. Auch der Antrag auf eine Betriebswohnung oder auf eine Wohnung für Bedienstete der öffentlichen Hand ist als unternommener Schritt gewertet worden. Dagegen ist in diesem Zusammenhang nur die Registrierung bei einem etwa noch vorhandenen Wohnungsamt nicht den ernstzunehmenden Wohnungswünschen zugeordnet worden. Bei einem beabsichtigten Erwerb von Eigentum (Hausbau, Hauskauf, Eigentumswohnung) ist die Abstufung des Realisierungsgrades im wesentlichen mit den damit verbundenen Verhandlungen und Anträgen bei der Baubehörde bis zu den Kaufverhandlungen über einen Bauplatz gefolgt.

Annähernd jeder dritte Haushalt oder Haushaltsteil, der dem Interviewer gegenüber geäußert hat, anders wohnen zu wollen, hat für die Erfüllung dieses Wunsches bisher noch nichts unternommen. Bei der Befragung im Jahre 1960 traf dies noch für jeden zweiten Haushalt mit einem Wohnungswunsch zu. Auch hierin kommt zum Ausdruck, daß der Wohnungsmarkt in Bewegung geraten ist und daß im Bewußtsein der Wohnungssuchenden eine eigene Initiative mehr Erfolg als früher verspricht. Dies trifft insbesondere für die

Selbständigen und Beamten zu, während die übrigen sozialen Gruppen etwas weniger Nachdruck hinter ihre Wohnungsabsichten gesetzt haben.

Jeder vierte Wohnungswunsch zielt auf Eigentum ab

Die Masse, nämlich über 70% der Haushalte mit Wohnungswunsch, erstreben wie früher eine zusagende Mietwohnung. Jeder vierte Haushalt möchte Hauseigentümer oder wenigstens Wohnungseigentümer werden. Als Untermieter, in einem Altersheim oder als Mitglied eines anderen Haushalts, z. B. überlebende Elternteile bei ihren verheirateten Kindern, beabsichtigt in Zukunft jeder zwanzigste Haushalt zu wohnen.

Die im Jahr 1960, verglichen mit 1957, ausgeprägtere Vorliebe für das eigene Haus oder für die Eigentumswohnung hat sich bei der Befragung im Herbst vergangenen Jahres für die Gesamtheit aller Haushalte mit einem Wohnungswunsch nicht weiter verstärkt.

Das Abflauen des Wunsches, ein Haus zu besitzen, bei den Selbständigen und "Nichterwerbspersonen" ist durch einen Anstieg bei den übrigen sozialen Gruppen etwa ausgeglichen worden. Immerhin äußerte noch jeder zweite dieser Selbständigen die Absicht, Eigentum zu erwerben.

Größe und Ausstattung der jetzigen Wohnung Hauptgrund für die Wohnungswünsche

Jeder zweite Haushalt, der anders wohnen will, ist mit der Größe und der Ausstattung seiner jetzigen Wohnung nicht zufrieden. Unter den mit der Größe der jetzigen Wohnung nicht einverstanden Haushalten sind auch solche, die eine kleinere Wohnung anstreben. Dies dürfte insbesondere für manchen "Nichterwerbstätigen", der als Rentner oder als Pensionär eine kleinere Wohnung seiner zum Teil untervermieteten großen Altbauwohnung vorziehen würde, zutreffen. Der nächst häufig genannte Grund für einen in Aussicht genommenen Wohnungswechsel ist eine beabsichtigte Eheschließung oder das Bestreben, künftig einen eigenen Haushalt zu führen, nachdem man bisher Teil eines Haushalts war, z. B. als flügge gewordenen Kind in der elterlichen Wohnung. - Für jeden zehnten Wohnungssuchenden liegt die jetzige Wohnung örtlich ungünstig, sowohl hinsichtlich seines Arbeitsplatzes als auch der Schule seiner Kinder, oder es stören ihn die Umweltfaktoren, wie z. B. der Straßenlärm oder die Verunreinigung der Luft durch Industriebetriebe. Fast ebenso häufig ist das Streben

nach einem eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung dem Interviewer als Grund für den Wohnungswunsch genannt worden. In der Gruppe der "persönlichen und sonstigen Gründe" für einen Wohnungswechsel - auch etwa jeder zehnte Fall - sind insbesondere Belästigungen durch andere Hausbewohner oder auch der fehlende Kinderspielplatz bei sonst wahrscheinlich zufriedenstellender Wohnung enthalten.

In nur wenigen Fällen (6%) ist dem Wohnungssuchenden die jetzige Wohnung durch den Vermieter gekündigt worden. Die Höhe des augenblicklichen Mietpreises im Verhältnis zum Einkommen ist dagegen nur ganz selten als Grund für die Suche nach einer anderen billigeren Wohnung genannt worden.

Haushalte mit Wohnungswunsch nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und dem Grund für den Wohnungswunsch
- 1965 -

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Befragte Haushalte mit Wohnungswunsch ¹	Gründe für den Wohnungswunsch ²						
		A	B	C	D	E	F	G
	%	% aller Haushalte mit Wohnungswunsch						
Selbständige	(8)	(19)	(28)	(3)	(10)	(7)	(12)	(21)
Beamte	10	16	50	-	11	1	12	10
Angestellte	19	21	47	(2)	10	4	11	6
Arbeiter	41	15	56	(1)	7	7	9	6
Nichterwerbspersonen	23	18	43	(2)	10	9	2	17
Insgesamt	100	17	49	(1)	9	6	8	10

1) ohne 57 Haushalte oder Haushaltsteile, die eine Unterbringung als Untermieter, in einer Anstalt, als Mitglied eines anderen Haushalts anstreben oder in das Ausland wollen

- 2) A = Beabsichtigte Eheschließung, eigene Haushaltsführung
 B = Jetzige Wohnung entspricht nach Größe und Ausstattung nicht den Ansprüchen
 C = Jetzige Wohnung zu teuer
 D = Lage der Wohnung ungünstig, Umweltfaktoren stören
 E = Kündigung durch den Vermieter
 F = Streben nach Eigentum
 G = Persönliche und sonstige Gründe

Betrachtet man die Motive für die Wohnungswünsche unter dem Gesichtspunkt der sozialen Stellung des jeweiligen Haushaltsvorstandes, so zeigen sich einige typische Unterschiede. Bei den Selbständigen dominiert die Unzufriedenheit mit der Größe und Ausstattung der jetzigen Wohnung nicht so stark wie bei den anderen sozialen Gruppen. Dafür spielen persönliche und sonstige Gründe eine größere Rolle. Bei den Selbständigen und Beamten tritt außerdem das Streben nach Eigentum als Antrieb für einen Wohnungswechsel etwas stärker hervor, während bei den Beamten im Gegensatz zu den Selbständigen die Kündigung der Wohnung durch den Vermieter als Grund praktisch nicht vorkommt. Ähnlich

gelagert wie bei den Beamten, aber nicht so ausgeprägt, liegen die Motive bei den Angestellten. Hinzu kommt bei ihnen, daß - verglichen mit den anderen sozialen Schichten - eine beabsichtigte Eheschließung oder der Wunsch nach einer eigenen Haushaltsführung am häufigsten die Ursache für die Wohnungssuche ist. Persönliche Gründe spielen bei ihnen eine geringere Rolle. Das letztere trifft auch für die Arbeiter zu. Bei dieser sozialen Gruppe entspricht aber am häufigsten die jetzige Wohnung nach Größe und Ausstattung nicht den gestellten Anforderungen. Rentner und Pensionäre, also die Masse der nicht oder nicht mehr im Berufsleben stehenden Personen, haben mehr als die anderen eine Kündigung durch den Vermieter als Ursache für ihren Wohnungswunsch angegeben. Auch sind persönliche Beweggründe von ihnen für einen Wohnungswechsel überdurchschnittlich oft genannt worden. Verständlicherweise ist bei ihnen der Wille und die Möglichkeit, Wohnung und Eigentum zu kombinieren, kaum vorhanden.

Die derzeitige Art der Wohnungsnutzung, ob Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter, hat ebenfalls unterschiedliche Angaben über die Gründe eines beabsichtigten Wohnungswechsels zur Folge. Von den Gebäudeeigentümern ist relativ häufig (32%) eine beabsichtigte Eheschließung oder das Verlangen, in Zukunft einen eigenen Haushalt zu führen und persönlicher Ärger mit der Umwelt (21%) als Grund angegeben worden. Wohnungssuchende, die bereits Hauptmieter sind, klagen mehr (53%) als die anderen über die nicht zufriedenstellende Größe und Ausstattung ihrer jetzigen Wohnung. Wie nicht anders zu erwarten, dominiert (84%) bei den Untermietern der Wunsch, ihr Untermieterdasein aufzugeben, oft im Hinblick auf eine beabsichtigte Eheschließung, oder weil die Größe und Ausstattung der Zimmer ihren Ansprüchen nicht mehr genügen.

Jeder dritte Wohnungssuchende hat schulpflichtige Kinder

Die Kenntnisse der Wohnungswünsche und deren Motive blieben nur Bruchstück, würde man nicht weiterfragen, welcher Art die Haushalte sind, die hinter diesen Wünschen stehen. Man hat deshalb die wohnungssuchenden Haushalte nach bestimmten Gesichtspunkten typisiert. Neben der Trennung von Einpersonen- und Mehrpersonenhaushalten war bei Ehepaaren ohne Kinder für die Typisierung das Alter der Ehefrau maßgebend. Damit will man Familien mit Nachwuchschancen, die besondere wohnungspolitische Probleme aufwerfen, von den Ehepaaren, wo kaum mehr Kinder zu erwarten sind, trennen.

Für eine weitere Unterscheidung ist das Alter der Kinder ausschlaggebend, und zwar - wegen der Schulpflicht - mit der Altersgrenze 6 Jahre.

Wie auch in den vorangegangenen Erhebungen festgestellt worden ist, sind es hauptsächlich (35%) Familien mit möglicherweise schulpflichtigen Kindern, die auf Wohnungssuche sind. Aber auch Familien, wo die Kinder in das schulpflichtige Alter erst hineinwachsen, äußern relativ häufig (22%) einen Wohnungswunsch. 9% der Haushalte mit Veränderungsabsichten sind kinderlose Ehepaare, bei denen das Alter der Ehefrau einen Nachwuchs nicht ausschließt. Jeder sechste der nach einer anderen Wohnung Ausschauenden ist ein Alleinstehender.

Bei den Rentner- und Pensionärshaushalten sind vorwiegend Einzelpersonen (36%) und Ehepaare ohne weitere Nachwuchschancen (16%) auf Wohnungssuche. Von den Arbeiterhaushalten mit Wohnungswunsch sind Ehepaare mit noch nicht schulpflichtigen Kindern relativ häufig (30%) nicht zufriedenstellend untergebracht. Alleinstehende Arbeiter dagegen wollen ihre Wohnung nur in wenigen Fällen wechseln. Bei einem Vergleich der Beamtenhaushalte mit den Angestelltenhaushalten fällt besonders auf, daß die wohnungssuchenden Beamtenfamilien zu 75% Ehepaare mit Kindern - gleichgültig, ob schulpflichtig oder nicht - sind, während dieser Haushaltstyp bei den Angestellten mit 56% vertreten ist. Bei den Selbständigen ist der Wohnungsbedarf der Familien mit schulpflichtigen Kindern besonders groß. Jeder zweite Wohnungssuchende dieser sozialen Schicht hat schulpflichtige Kinder.

Wesentlich höhere Mietzahlungsbereitschaft

Die nachfolgenden Ausführungen über die gewünschten Wohnungsgrößen und über die Höhe der veranschlagten Mieten beziehen sich sinngemäß nur auf Wohnungswünsche für Mietwohnungen.

Die durchschnittliche Größe der gewünschten Mietwohnungen - gemessen an der Zahl der Räume einschließlich der Küchen - hat sich mit 3,7 Räumen gegenüber 1960 mit 3,5 Räumen nur unwesentlich erhöht. Die angestrebte Größe der Wohnungen erstreckt sich zwischen durchschnittlich 3,2 Räumen bei den Nichterwerbspersonen und 4,1 Räumen bei den Beamten. Zu erwähnen ist noch, daß nur die Gruppe der Selbständigen bei der Erläuterung ihrer Wohnungswünsche im Schnitt kleinere Wohnungen als im Jahre 1960 angegeben hat.

Die Vorstellungen über die aufzubringende Miete für die gewünschten Wohnungen scheinen

Größe der angestrebten Wohnung und zugestandene Miete nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes
- nur Mietwohnungen -

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Durchschnittliche Wohnungsgröße (Zahl der Räume)			Zugestandene monatliche Miete in DM		
	1957	1960	1965	1957	1960	1965
Selbständige	(3,8)	(4,3)	(3,8)	(68)	(128)	(151)
Beamte und Angestellte	3,7	3,9	4,0	67	100	167
Arbeiter	3,8	3,6	3,8	49	74	128
Nichterwerbspersonen	3,0	3,1	3,2	42	66	108
Insgesamt	3,5	3,5	3,7	52	78	134

realistischer zu sein als in den früheren Jahren, wenn es auch immer noch fraglich erscheint, ob die genannten Mieten mit dem derzeitigen Mietniveau im Einklang stehen. Im Schnitt aller Wohnungssuchenden ist man 1965 bereit, für eine Wohnung mit 3,7 Räumen monatlich 134 DM für Miete auszugeben, das sind um rund 150% mehr als 1957 und um rund 70% mehr als 1960. Die Beamten und Angestellten wollen für eine etwas größere Wohnung (4 Räume) 167 DM ausgeben, die Arbeiter 128 DM. Sogar die Rentner und Pensionäre rechnen mit einer Miete von monatlich 108 DM für 2 Zimmer und eine Küche. Die Selbständigen haben ihre Vorstellungen über die Höhe der aufzubringenden Miete nicht ganz so hochgeschraubt. Mit einer Miete von 151 DM liegen sie nur um rund 20% über den entsprechenden Angaben des Jahres 1960, allerdings für eine im Schnitt um einen halben Raum kleinere Wohnung.

Begriffe und Methoden

Auswahlgrundlage der 1%igen Wohnungsstichprobe waren die bei der Gebäudezählung 1961 festgestellten Wohngebäude und Nichtwohngebäude mit Wohnungen, mit Hilfe der Baufertigstellungsstatistik ergänzt um die Neuzugänge bis zum 31. 12. 1964.

In der Auswahl mit einem Auswahlatz von 1 % waren alle Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern enthalten. Zur Repräsentation der Gemeinden unter 5 000 Einwohnern wurden zur Auswahl nur die sogenannten Mikrozensusgemeinden herangezogen. Diese Gemeinden sind ihrer Struktur nach so ausgewählt, daß sie einen repräsentativen Querschnitt für alle Gemeinden dieser Gemeindegrößenklasse darstellen. Da der gesamte Auswahlatz für alle Gemeinden unter 5 000 Einwohnern ebenfalls mit 1 % angesetzt war, lag der Auswahlatz in diesen Stichprobengemeinden entsprechend höher, bei kleinen Gemeinden bis zu 50 %.

Für das gesamte Land wurde damit ein Auswahlatz von 1 % erreicht. Befragt wurden alle Haushalte, auch Untermieterhaushalte, die in den so ausgewählten Gebäuden wohnten.

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Haushalt und Familie

Das Anwachsen von Industrie und Handel sowie die zunehmende Arbeitsteilung haben zur Folge gehabt, daß die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung in Berufe übergang, die in gewerblichen Betrieben, im Handel und im Dienstleistungsbereich ausgeübt werden. Nicht immer fällt dieser Berufswechsel mit einem Verlassen der ländlichen Heimatgemeinde zusammen. Oft, und in den letzten Jahren in zunehmendem Maße, werden bei einem derartigen Berufswechsel längere Wege zum Arbeitsort in Kauf genommen; die anwachsenden Zahlen der Berufspendler haben dies in überraschendem Maße bewiesen. Aber auch auf dem Lande werden gewerbliche Betriebe zahlreicher. Der Berufswechsel vollzieht sich dann innerhalb des bisherigen Lebensraumes. Die im Agrarbereich vom gemeinsam bewirtschafteten Betrieb ausgehende familienbindende Kraft ist im städtischen Bereich nicht mehr vorhanden. Die berufliche Tätigkeit wird weitgehend außerhalb des Hauses ausgeübt. Sie steht allen Familienmitgliedern offen. Die Kinder sind spätestens nach Abschluß der Ausbildung in der Lage, sich beruflich von der Familie unabhängig zu machen und auch den elterlichen Haushalt zu verlassen. In ländlichen Gemeinden bleiben diese Familienangehörigen allerdings oft noch im elterlichen landwirtschaftlichen Haushalt. Finanzielle Basis dieser Haushalte ist dann nicht mehr die Landwirtschaft allein, sondern außerdem noch eine gewerbliche Tätigkeit. Auf der anderen Seite wird die Zahl der in die landwirtschaftlichen Haushalte aufgenommenen Landarbeitskräfte geringer.

Der unmittelbar von der Landwirtschaft lebende Teil der Bevölkerung verringert sich von Jahr zu Jahr. Die anhaltende industrielle Expansion und der hiervon ausgehende Sog, die technischen und betriebsorganisatorischen und letzten Endes arbeitskräftesparenden Verbesserungen und Investitionen in der Landwirtschaft, ihre stärkere Integration in die übrige Wirtschaft, haben in dieser Entwicklung noch keinen Stillstand eintreten lassen. Ein immer größer werdender Teil der Lebensmittel für den Konsumenten wird außerhalb des typisch landwirtschaftlichen Betriebes in Arbeitsstätten hergestellt, die in Bezug auf die Landwirtschaft als Vorlieferanten oder Weiterverarbeiter und Verteiler anzusehen sind. Der hiermit einhergehende Strukturwandel des agrarischen Betriebes hat seinerseits Beziehungen zu den demographischen Variablen der Bevölkerung des flachen Landes.

Wenn 1950 noch jeder 4. Erwerbstätige unmittelbar in der Landwirtschaft beschäftigt war, so war es 1961 nur noch jeder 6. Diese Entwicklung findet auch ihren Niederschlag in der Struktur der Haushalte und Familien, auf die hier eingegangen werden soll. Der herkömmliche landwirtschaftliche Haushalt unterscheidet sich wesentlich von einem städtischen Haushalt. Er ist oft Mittelpunkt für eine größere Familie, zu der Großeltern, Eltern und zum Teil auch erwachsene verheiratete Kinder gehören können, die ihrerseits bereits Kinder ihr eigen nennen. Zu diesem Haushalt war außerdem noch landwirtschaftliches Gesinde zu zählen; allen bot der landwirtschaftliche Betrieb ausreichende Betätigung. Diese Haushaltsart wird mit dem Vordringen von Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe immer seltener. Der typisch städtische Haushalt eines Arbeitnehmers enthält lediglich eine Kleinfamilie: ein Ehepaar mit seinen Kindern.

Der Rückgang des Anteils der größeren Haushalte gibt einen Hinweis auf diese Entwicklung. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ging 1950 bis 1961 von 2,95 auf 2,79 Personen zurück, der Anteil der Haushalte mit 5 und mehr Personen von 15,9 auf 13,1%. Der Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße ist, wie bereits im Aufsatz "Die Haushalte in Schleswig-Holstein am 6. Juni 1961"¹ dargestellt, am stärksten in den Kreisen gewesen, in denen ja auch die Wirtschaftsstruktur den stärksten Veränderungen unterworfen war.

Durch besondere Auswertung einer aus dem Volkszählungsmaterial gezogenen Stichprobe² wurde darüber hinaus versucht, die im Haushalt zusammenlebende Familie und ihre Zusammensetzung sichtbar zu machen. Eine ähnliche Auszählung war bereits an Hand von Unterlagen der Mikrozensus-erhebungen der Jahre 1957 und 1959 geschehen, die uns in die Lage versetzt, auch einige Entwicklungstendenzen abzulesen.

In der vorliegenden Auswertung haben wir die im Haushalt zusammenlebende Familie untersucht. Dabei wurde eine Familienabgrenzung zugrunde gelegt, die in einer weitgefaßten Auslegung alle in gerader Linie verwandten Personen einschließt, wo zu z. B. auch die im Haushalt lebenden Schwieger-söhne und -töchter zählen. Diese Definition ist unseres Erachtens geeignet, auf Fragen

¹) siehe Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 292 (Oktober)

²) ein Drittel der Haushalte jedes 10. Zählbezirks, also 3 1/3 % aller Haushalte

nach dem Zusammenleben mehrerer Generationen im Haushalt Antwort zu geben. Sie weicht damit allerdings von andernorts verwendeten Familiendefinitionen ab, die unter Familie nur die aus Verheirateten mit oder ohne Kinder, aus verwitweten oder geschiedenen Personen mit oder ohne Kinder sowie aus ledigen Müttern mit Kindern bestehenden Kleingruppen versteht. Bei unserer Definition bleibt der Zusammenhang der verschiedenen im Haushalt lebenden Generationen erkennbar; dadurch wird es z. B. möglich, Fragen der Versorgung der Alten durch eine nachfolgende Generation im gleichen Haushalt oder Fragen der Betreuung von Kindern durch Eltern oder Großeltern zu beantworten. In späteren Untersuchungen werden wir auch noch auf die eng abgegrenzte Familie als Kleingruppe eingehen.

Nicht zu der den Haushalt prägenden Familie wurden das Hauspersonal, die in den Haushalt aufgenommenen Lehrlinge und Landarbeitskräfte sowie Verwandte von Nebenlinien (wie Nichte und Neffe, Onkel und Tante des Haushaltsvorstandes) gerechnet.

Der Auswertung liegt die sogenannte "wohnberechtigte" Bevölkerung zugrunde: Personen, die vorübergehend zur Wohnbevölkerung eines anderen Ortes (z. B. des Arbeitsortes eines auswärts beschäftigten Familienmitgliedes) gehörten, wurden sowohl im Haushalt der Familie als auch am Ort der weiteren Wohnung mitgezählt. Bei der allgemeinen Haushalts-

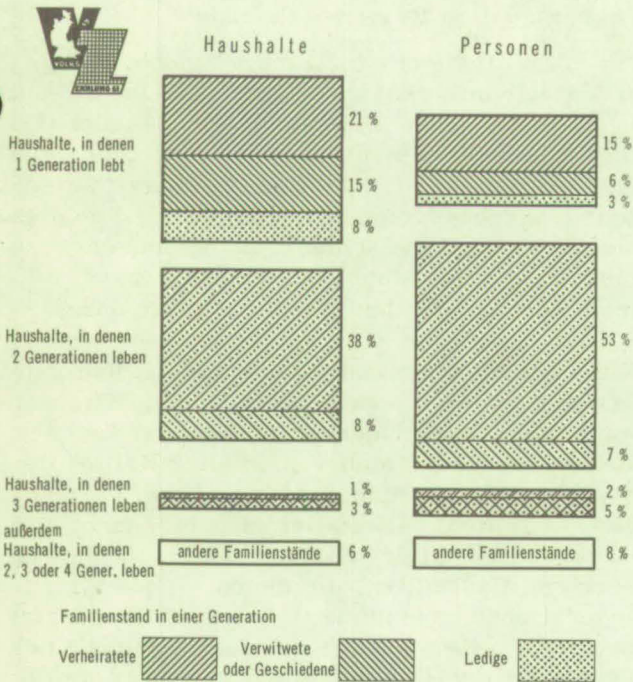
statistik der Volkszählung 1961 wurden nur die zur "Wohnbevölkerung" des jeweiligen Ortes gehörenden Haushaltsmitglieder der Familie oder dem Haushalt zugeordnet. Durch diese Besonderheit ist die Vergleichbarkeit mit der Haushaltsauszählung der Volkszählung etwas gestört, da etwa 2,8% der Bevölkerung einen weiteren Wohnsitz innehaben. Diese Störung der Vergleichbarkeit verändert nicht die eigentlichen Aussagen des Materials. Sie wird allerdings hier und da, besonders beim Vergleich der Haushaltsgrößen, sichtbar.

Um zu einer Darstellung der Struktur der Haushalte zu kommen, wurde für jeden Haushalt zunächst die Zahl der in ihm lebenden Generationen ermittelt. Für jede Generation wurden dann die Familienstandsverhältnisse ihrer Mitglieder, die "Familienstruktur der Haushalte" (Generationenfolge) festgestellt, ob z. B. die erste (älteste) Generation aus einem Ehepaar, einer Witwe oder einem Witwer bestand und ob die Mitglieder der folgenden Generation ledig, verheiratet oder bereits verwitwet oder geschieden waren oder - für den Fall, daß es sich um mehrere Personen in einer Generation handelt - ob eine Kombination zwischen "verheiratet", "verwitwet", "geschieden" und "ledig" vorlag.

Die unterschiedlichen Schicksale der Menschen, Störungen und Zwischenfälle im menschlichen Dasein, Einschnitte durch Tod und Scheidung führen dazu, daß in der Gesamtschau aller Haushalte und Familien ein sehr vielfältiges

D - 3626
Haushalte
nach Zahl und Familienstand der Generationen
AM 6. 6. 1961

Haushalte nach Zahl und Art der Generationen
1957 und 1961



Zahl der Generationen	Haushalte		Personen ¹	
	1957	1961	1957	1961
Familienstandsverhältnis in den Generationen	%		%	
Haushalte, in denen 1 Generation lebt				
davon				
Verheiratete	22	21	16	15
Verwitwete oder Geschiedene ²	15	15	6	6
Ledige	6	8	3	3
Haushalte, in denen 2 Generationen leben				
darunter				
Verheiratete - Ledige	37	38	51	53
Verw. od. Gesch. ² - Ledige	9	8	9	7
Haushalte, in denen 3 Generationen leben				
darunter				
Verheiratete - Verheiratete - Ledige	1	1	2	2
Verw. od. Gesch. ² - Verheiratete - Ledige	3	3	5	5
Außerdem Haushalte, in denen 2, 3 oder 4 Generationen leben				
Andere Familienstandsverhältnisse	7	6	9	8
Insgesamt	100	100	100	100

1) einschl. Seitenverwandter und Familienfremder
2) einschl. nicht in ehelicher Gemeinschaft lebender Verheirateter

einer ledigen Mutter, einer verwitweten oder geschiedenen Frau, leben 8% aller Kinder unter 15 Jahren. Bei den Großeltern oder einem Großelternanteil lebt nur etwa ein halbes

Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren.

Die Mikrozensusergebnisse des Jahres 1957 ermöglichten bereits einige Angaben über die Situation der über 65 Jahre alten Personen in den Familien. Unsere Stichprobe bestätigt im großen und ganzen die damaligen Erkenntnisse. Etwas zugenommen hat allerdings der Anteil der über 65jährigen, die völlig allein im Haushalt leben; es sind dies jetzt mehr als 26% gegenüber knapp 25% im Jahre 1957. Diese Entwicklung muß im Zusammenhang mit der Zunahme des Anteils der Alten, insbesondere bei den Frauen, gesehen werden. Von Einfluß sind hier natürlich auch die bereits erwähnten verbesserten Wohnverhältnisse und die veränderten Lebensbedingungen, die sich durch den oben geschilderten Rückgang der Großfamilie abzeichnen. Etwa 52% aller über 65jährigen leben noch mit ihrem Ehepartner zusammen. Dieser Anteil hat sich in den letzten vier Jahren kaum verändert.

Personen im Alter von 65 und mehr Jahren
1957 und 1961

	1957	1961
	%	
Verheiratete in Gemeinschaft mit Ehepartner ¹ (ohne weitere Generation)	40,5	39,0
Ehepartner und mindestens 1 weiteren Generation ¹	12,7	12,7
Verwitwete, Geschiedene ² und Ledige in Gemeinschaft mit mindestens der nächsten Generation ¹	18,4	18,6
Enkel ¹	0,8	0,9
Seitenverwandten oder/und Familienfremden	3,0	2,5
allein im Haushalt	24,6	26,2
Insgesamt	100	100

1) einschl. Seitenverwandter und Familienfremder

2) einschl. nicht in ehelicher Gemeinschaft lebender Verheirateter

Dipl.-Volksw. Gerhard Muske

Die Realschüler 1965

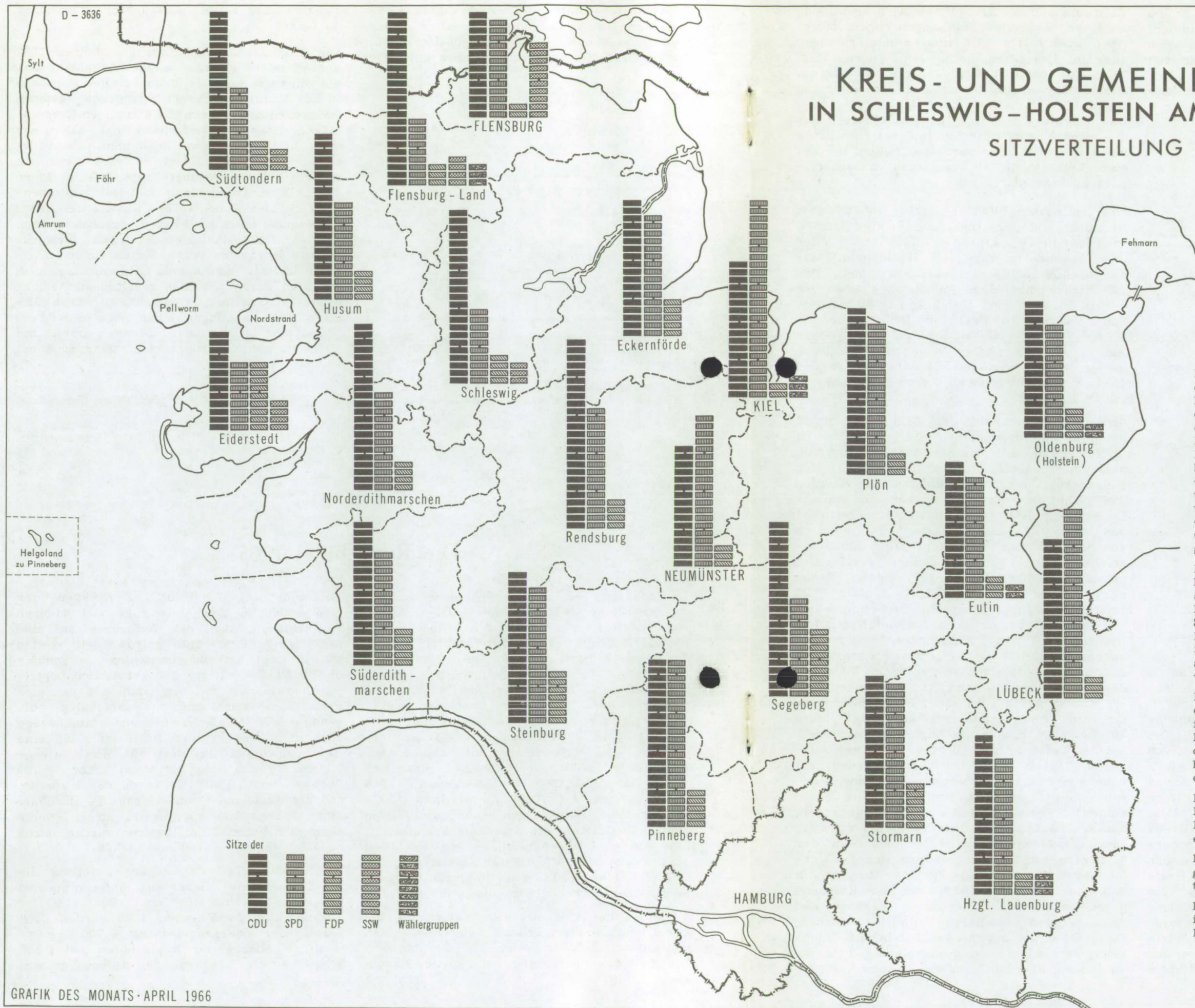
Im Mai 1965 gab es in Schleswig-Holstein 105 öffentliche Realschulen mit 36 300 Schülern. Es handelt sich dabei um die Lehranstalten, die bis Dezember 1965 Mittelschulen hießen. Außerdem führten 50 ländliche Volksschulen Aufbauzüge (ländliche Realschulen), deren Lehrziel nach besonderen Lehrplänen dem Lehrziel der Realschule gleichwertig ist. Diese Aufbauzüge - sie umfassen das 7. bis 10. Schuljahr - wurden von 4 900 Schülern besucht. Die öffentlichen Realschulen und Aufbauzüge Schleswig-Holsteins zusammen hatten im Mai 1965 41 200 Schüler, 300 mehr als im Mai 1964. An privaten Realschulen und Aufbauzügen gab es 1965 in Schleswig-Holstein die der dänischen Minderheit und eine Internatsschule. Zu erwähnen sind noch die öffentliche Abendrealschule in Kiel (90 Schüler) und der Realschullehrgang an der Volkshochschule in Lübeck (51 Schüler).

Von 1964 auf 1965 hat die Schülerzahl der öffentlichen Realschulen um 600 zugenommen und die der Aufbauzüge um 300 abgenommen. Die Zahl der Realschulen hat sich in diesem

Zeitraum um fünf erhöht. Der Rückgang der Schülerzahl in den Aufbauzügen ist dadurch zu erklären, daß ein Aufbauzug in eine selbständige Realschule umgewandelt worden ist. In zwei Aufbauzügen fehlen die Schüler der 7. Klasse; sie wurden vermutlich bereits von den in der gleichen Gemeinde neu eingerichteten selbständigen Realschulen aufgenommen. Realschulen und Aufbauzüge zusammen weisen von 1964 auf 1965 eine Zunahme von 300 Schülern auf. Hinter dieser kleinen Veränderung stecken aber 9 700 Abgänge und 10 000 Zugänge; das bedeutet, daß die Realschulen und Aufbauzüge im Laufe eines Jahres fast ein Viertel ihrer Schüler abgegeben haben. Die Abgänge wurden durch neue Schüler mehr als ausgeglichen.

Den größten Teil der Zugänge stellten die in die unterste Klasse neu aufgenommenen Schüler. Sie machten acht Zehntel aller Zugänge aus. Im Frühjahr 1965 wurden nach bestandener Übergangsprüfung 6 700 Schüler in die 5. Klasse der Realschulen und 1 300 Schüler in die 7. Klasse der Aufbauzüge neu

KREIS- UND GEMEINDEWAHL IN SCHLESWIG-HOLSTEIN AM 13. 3. 1966 SITZVERTEILUNG



Nach dem vorläufigen Ergebnis der Gemeindevahl in den kreisfreien Städten und der Kreiswahl in den Kreisen haben die CDU, die SPD und die Wählergruppen gegenüber der Wahl im Jahre 1962 Sitze gewonnen. Die FDP und der SSW haben Sitze verloren. Die GPD, die 1962 noch 27 Sitze erobern konnte, und Einzelbewerber sind in den 4 neuen Ratsversammlungen und 17 Kreistagen nicht mehr vertreten. Die CDU erhielt von 885 (1962 : 881) zu verteilenden Sitzen 419 (400), die SPD 337 (324), die FDP 92 (100), der SSW 24 (26) und die Wählergruppen 13 (3).

Die CDU konnte ihre gute Position in den Kreisen halten oder sogar verbessern. Sie stellt in den Kreistagen von Flensburg-Land, Husum, Norderdithmarschen, Rendsburg, Schleswig und Süderdithmarschen die absolute Mehrheit. Demgegenüber verlor sie in Kiel 3 Sitze und in Lüneburg zwar nur 1 Sitz, der aber der SPD zur absoluten Mehrheit verhalf.

Die SPD war in den kreisfreien Städten am erfolgreichsten. Sie behielt oder eroberte in Kiel, Lüneburg und Neumünster die absolute Mehrheit. In Neumünster verlor sie 1 Sitz, der ihr fast die absolute Mehrheit gekostet hätte. In den Kreisen behielt sie ihre Sitze oder verbesserte sich leicht.

Die FDP ist am stärksten in den Kreisen Eiderstedt und Segeberg vertreten. Nur in Eckernförde konnte sie ihre Sitzzahl erhöhen.

Der SSW hat seinen Wählerstamm traditionsgemäß in den nördlichen Kreisen und darunter den größten in Flensburg.

Die örtlich begrenzten Wählergruppen sind in Kiel, Eutin, Flensburg-Land, Hzt. Lauenburg und Oldenburg vertreten.

aufgenommen. Das sind zusammen 8 000 Schüler, 400 mehr als 1964. Neu aufgenommen, wenn auch nicht in die unterste Klasse, wurden außerdem noch knapp 300 Schüler, die von einer höheren Volksschulklasse - vermutlich nach der 6. Klasse - auf die Realschule überwechselten.

Schülerbewegung in den öffentlichen Realschulen
und in den Aufbauzügen an Volksschulen
- 2. 5. 1964 bis 2. 5. 1965 -

	Schüler in	
	Real- schulen	Aufbau- zügen
Schüler am 2. 5. 1964	35 763	5 161
In die unterste Klasse neu aufgenommen	6 741	1 292
Außerdem Zugänge von		
anderen Realschulen (einschl. Aufbauzüge)	1 048	60
Volksschulen	270	4
Gymnasien	474	66
Freien Waldorfschulen und sonstigen Schulen	14	4
Zugänge insgesamt	8 547	1 426
Übergänge auf		
andere Realschulen (einschl. Aufbauzüge)	833	341
Volksschulen	920	168
Gymnasien ¹⁾	448	43
Freie Waldorfschulen und sonstige Schulen	26	3
berufsbildende Vollzeitschulen (z. B. Handelsschulen)	426	45
Abgänge in einen Beruf	5 293	1 032
Sonstige Abgänge	27	63
Abgänge insgesamt	7 973	1 695
Schüler am 2. 5. 1965	36 337	4 892

Die meisten Zu- und Abgänge ereigneten sich zum Schuljahreswechsel
März/April 1965

1) einschl. ländliche Oberschulen, Aufbaugymnasien, Selekten,
Wirtschaftsoberschulen

Zunahmen und Abgänge von Schülern gibt es in allen Klassen. Da ist zunächst die Schülerbewegung zwischen den Realschulen (einschl. Aufbauzüge), bei der Abgänge und Zugänge eigentlich ausgeglichen sein müßten. Die Bilanz zeigt aber einen kleinen Verlust von weniger als 100 Schülern. Diese Schüler werden kaum noch zu den Schülern des Landes zählen. Sie sind vermutlich mit ihren Eltern aus Schleswig-Holstein abgewandert. Fast 500 Realschüler haben im Zeitraum Mai 1964 bis Mai 1965 den Sprung auf eine höhere Schule gewagt. Unter diesen Schülern waren nicht ganz 300, die aus der 9. oder 10. Realschul- oder Aufbauzugsklasse kamen. Sie setzten zum größten Teil ihre Ausbildung an einer ländlichen Oberschule, einem Aufbaugymnasium, einer Selektta oder einer Wirtschaftsoberschule fort. Die Realschulen und Aufbauzüge wiederum nahmen in diesem

Zeitraum 500 Schüler auf, die ihre Ausbildung an einer höheren Schule abgebrochen haben. Aber auch nicht alle Realschüler gelangen ans Ziel. Im betrachteten Jahr kehrten fast 1 100 Realschüler auf eine Volksschule zurück. Die Hälfte von ihnen kam aus der untersten Klasse der Realschule oder des Aufbauzuges. Das bedeutet, daß von 100 Realschülern der untersten Klasse 7 die Schule bereits im Laufe eines Jahres wieder verlassen haben, um auf eine Volksschule - wenigstens zunächst - zurückzukehren.

Die Realschule führt in sechs Jahren zum Abschluß und der Aufbauzug in vier Jahren. Im Frühjahr 1965 erhielten knapp 5 200 Schüler das Abschlußzeugnis der Realschule, das waren 300 Schüler mehr als 1964. Das Abschlußzeugnis eines Aufbauzuges erwarben sowohl 1964 als auch 1965 knapp 1 100 Schüler. Somit hatten im Frühjahr 1965 mehr als 6 200 Schüler die Realschule oder einen Aufbauzug mit Erfolg abgeschlossen. Von diesen Schülern waren 97% in den Jahren 1947 bis 1949 geboren, also ungefähr 16 bis 18 Jahre alt.

Im Zusammenhang mit dem Schulerfolg taucht heute in den Diskussionen häufig der Begriff "Erfolgsquote" auf, das ist eine Rechengröße, die angibt, wieviel Prozent der Schüler der Eingangsklasse nach Durchlaufen aller Klassen das Schulziel erreichen. Für eine solche Berechnung geht man allerdings meist nicht von der 5. Realschulklasse aus, sondern von der 7. Klasse. Die mehr als 6 200 Realschüler, die 1965 die Schule erfolgreich abgeschlossen hatten, sind 1961 in der 7. Klasse gewesen. Diese 7. Klasse hatte damals 7 800 Schüler. Die Erfolgsquote für die Schulperiode 1962 bis 1965 betrug damit für die öffentlichen Realschulen und Aufbauzüge zusammengekommen 80%. Das bedeutet andererseits, daß 20% der Realschüler auf dem Wege von der 7. Klasse bis zum Abschluß nach der 10. Klasse gescheitert sind. Die Erfolgsquote für die Schulperiode 1960 bis 1964 hatte 78% betragen. Sie ist also ungünstiger gewesen. Solche Erfolgsquoten dürfen in ihrem Aussagewert aber nicht überschätzt werden; sie können nur als Annäherungswerte angesehen werden. Sie sind nämlich nicht aus einer echten Verlaufsstatistik hervorgegangen, sondern basieren auf dem Vergleich von zwei Stichtagswerten: Der Schülerbestand in der 7. Klasse am 2. Mai 1961 und der Schülerbestand 1965 im Zeitpunkt des Abgangs. In den vier Jahren bis 1965 ist die Klassengemeinschaft von 1961 durch Zugänge und Abgänge von Schülern beeinflusst worden. Dabei ist an die bereits beschriebene Schülerbewegung zwischen den einzelnen Schularten zu denken, aber auch an die Zu- und Fortzüge

über die Landesgrenze und nicht zuletzt an Veränderungen durch sitzengebliebene Schüler.

Im Frühjahr 1965 verließen 6 300 Schüler, und zwar 3 100 Jungen und 3 200 Mädchen, die Realschule oder einen Aufbauzug, um unmittelbar in einen Beruf zu gehen. Von diesen Schülern - hierbei konnten nur die Schüler aus selbständigen Realschulen berücksichtigt werden - hatten 87% das Abschluszeugnis erhalten. Viele Realschüler besuchen nach Abschluß der Schule noch eine berufsbildende Vollzeitschule, z. B. eine Haushaltschule. Diesen Ausbildungsweg haben 1965 fast 400 Mädchen und rund 100 Jungen gewählt.

In Schleswig-Holstein lernen alle Realschüler Englisch. Als weitere Fremdsprache wird von der 7. Klasse an Französisch gelehrt. Im Mai 1965 wurden die 7. bis 10. Klassen zusammen von rund 28 100 Realschülern besucht. Von diesen Schülern nahmen 37% am Französischunterricht teil; dabei bestanden Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen. Während 44% der Mädchen Französisch lernten, waren es bei den Jungen nur 30%. Vereinzelt gibt es auch Realschulen und Aufbauzüge, an denen noch in anderen Fremdsprachen, wie z. B. in Latein, Dänisch, Schwedisch, Russisch und Friesisch, unterrichtet wird.

Die Schulverhältnisse für die Realschüler sind in den letzten Jahren günstiger geworden. Der von der Ständigen Kultusministerkonferenz in der "Bedarfsfeststellung 1961 bis 1970" (Dokumentation März 1963) angestrebte Mittelwert für die Klassenfrequenz mit 30 Schülern je Klasse wurde in Schleswig-Holstein bereits 1961 unterschritten. Aber auch die Relationen Schüler je Lehrer und Lehrer je Klasse sind besser geworden. Die folgenden Übersichten umfassen allerdings nur die selbständigen Realschulen, weil die Aufbauzüge als Teil der Volksschulen mit diesen eng verbunden sind. Es gibt z. B. Lehrer, die sowohl in einer Volksschulklasse als auch in einer Aufbauzugsklasse unterrichten.

	Schüler je		Hauptamtliche Lehrer je Klasse
	Klasse	hauptamtlicher Lehrer	
1961	29,8	23,0	1,29
1965	29,0	22,0	1,32

Beachtenswert ist ferner, daß sich auch in den Realschulen der Anteil der Lehrerinnen laufend erhöht hat. Der Anteil der Frauen an allen hauptamtlichen Lehrkräften entwickelte sich in den letzten Jahren wie folgt:

1960	35 %
1961	37 %
1962	39 %
1963	41 %
1964	43 %
1965	43 %

Der Anteil der Lehrerinnen in den Realschulen ist dabei allerdings immer noch niedriger als in den Volksschulen (1965 : 49%). Auf teilbeschäftigte, nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte wurde im Bereich der selbständigen Realschulen bisher nur in bescheidenem Maße zurückgegriffen. Von den 1 754 Lehrern an Realschulen waren im Mai 1965 1 649 hauptamtlich tätig; 105 (6%) galten als teilbeschäftigte, nebenamtliche oder nebenberufliche Lehrkräfte.

Begriffe und Methoden

Die folgende Übersicht gibt Aufschluß über die im Aufsatz angesprochenen Schularten:

Schulart		Erforderliche Vorbildung	Gesamte Schulzeit in Jahren	Abschluß
Volksschule	9 Kl.	—	9	Volksschulabschluß
Realschule	6 Kl.	4. Klasse Volksschule	10	Realschulabschluß
Aufbauzug an Volksschulen	4 Kl.	6. Klasse Volksschule	10	Realschulabschluß
Gymnasium	9 Kl.	4. Klasse Volksschule	13	Reifeprüfung
Aufbaugymnasium ¹	4 Kl.	9. Klasse Realschule	13	Reifeprüfung
Ländliche Oberschule	4 Kl.	Realschulabschluß	14	Reifeprüfung
Selekta ²	4 Kl.	Realschulabschluß	14	Reifeprüfung
Wirtschafts- oberschule	3 Kl.	Realschulabschluß	13	fachgebundene Hochschulreife

1) Im Frühjahr 1965 wurde in Itzehoe die erste Klasse eines Aufbaugymnasiums eingerichtet

2) Diese Anschlußklassen gibt es seit 1962 am Gymnasium in Kiel-Wellingdorf

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Binnenfischerei in Schleswig-Holstein 1961/62

Verglichen mit der Landwirtschaft und der Fischerei im weiteren Sinne hat die Binnenfischerei als Nahrungsmittellieferant nur einen geringen Umfang. Aber auch in diesem Erwerbszweig sind in den letzten Jahren Veränderungen eingetreten, die durch Personalmangel, zunehmende Technisierung und das Streben nach Wettbewerbsfähigkeit bestimmt wurden. Es seien hier z. B. die Einführung der nicht faulenden Faserstoffe für Netze und der Fischfang mit Hilfe der Elektrizität (Elektrofischerei) sowie die Bemühungen um eine Förderung des Edelfischbestandes in den Binnengewässern und um eine rationelle Teichwirtschaft (Nachzucht und Aufzucht) genannt¹.

Im Juni 1962 fand als Folgerhebung der Landwirtschaftszählung 1960 erstmalig eine Erhebung über die Binnenfischerei statt. Auskunftspflichtig waren Betriebsinhaber, deren Verkaufserlöse jährlich mindestens 500 DM betrugen. Aufgrund dieser Abgrenzung wurden

92 Betriebe der Seen- und Flußfischerei
94 Betriebe mit Teichwirtschaft und
Fischzucht

befragt. Diese Zahlen mögen bei der Vielzahl der vorhandenen Binnengewässer gering erscheinen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die gesamte Sportfischerei nicht erfaßt wurde.

Seen- und Flußfischerei

Die 92 Betriebe der Seen- und Flußfischerei bewirtschafteten zusammen 22 700 ha befischter Gewässerfläche. In 27 Betrieben mit 2 800 ha befischter Gewässerfläche wurde nur Flußfischerei betrieben. Es überwiegt in Schleswig-Holstein also von der Gewässerfläche her gesehen eindeutig die Seenfischerei. Die nachstehende Tabelle zeigt die unterschiedliche Größe dieser Betriebe.

Bei der Seenfischerei bilden die Betriebe in der Größe zwischen 100 - 500 ha befischter Gewässerfläche der Zahl nach die größte Gruppe. Es sind aber immerhin noch 11 Betriebe mit 500 und mehr ha Gewässerfläche vorhanden. Diese Gruppe bewirtschaftete 59% der gesamten befischten Gewässerfläche der Seenfischerei. Die Seenfischereibetriebe liegen zumeist in den östlichen Landesteilen. In der Flußfischerei, die

Die Betriebe der Seen- und Flußfischerei¹

Größe der befischten Gewässerfläche	Seenfischerei		Flußfischerei	
	Betriebe	befischte Gewässer- fläche in ha	Betriebe	befischte Gewässer- fläche in ha
unter 10 ha	5	24	5	7
10 - 50 ha	14	377	4	221
50 - 100 ha	9	601		
100 - 500 ha	26	7 079	18	2 618
500 und mehr ha	11	11 738	-	-
Insgesamt	65	19 819	27	2 846

1) ohne Sportfischerei

hauptsächlich in der Eider, im Nord-Ostsee-Kanal, in der Treene und in der Stör betrieben wird, bewirtschaften ebenfalls die meisten Betriebe (18 von 27) eine Gewässerfläche von 100 - 500 ha.

Bei der Erhebung wurden die Fangergebnisse des Jahres 1961 festgestellt. Sie waren durch die sehr ungünstige Witterung stark beeinträchtigt. Das kalte Sommerwetter nach einem warmen Frühjahr brachte in der Seenfischerei nur geringe Fangergebnisse. Aber auch in der Teichwirtschaft wurden durchweg nur geringe Ernten erzielt².

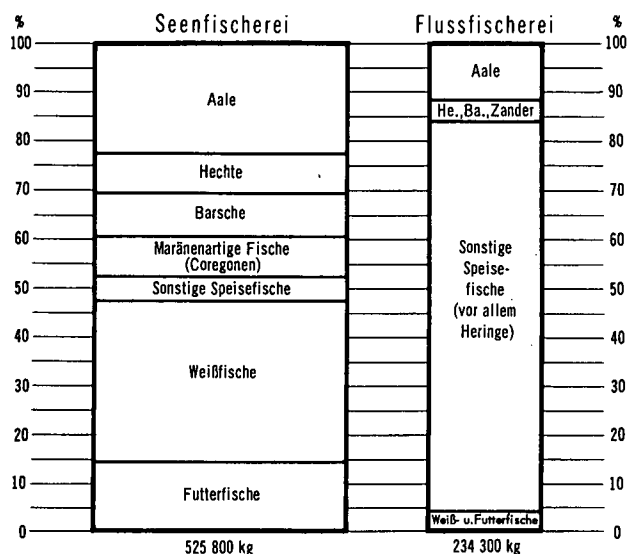
Insgesamt wurden in der Seen- und Flußfischerei 760 100 kg Speise- und Futterfische gefangen. Knapp ein Drittel dieser Menge erbrachte die Flußfischerei. An der Spitze der gefangenen Edelfische steht der Aal mit knapp einem Fünftel der gesamten Fangmenge. Jeweils 6% Anteil hatten Hechte, Barsche und maränenartige Fische (Coregonen). Weißfische wie Plötze und Brassen, die als Konsumfische Verwendung finden, machten etwa knapp ein Viertel der Fangmenge aus. Futterfische und sonstige Speisefische hatten mit 35% (265 300 kg) den höchsten Anteil.

Bei den sonstigen Speisefischen, die insgesamt ein Viertel und in der Flußfischerei allein 79% der Fangmenge ausmachten, sind 180 000 kg Heringe enthalten, die im Nord-Ostsee-Kanal gefangen wurden. Diese Menge bedeutet 76% der gesamten Fangmenge der Flußfischerei und 24% der Fangmenge der Seen- und Flußfischerei. Krebse wurden nur in der Seenfischerei gefangen. Das Ergebnis von 723 kg ist praktisch bedeutungslos.

1) Dr. A. Pape "Wandel in der Binnenfischerei", Informationsdienst der Landesregierung Schleswig-Holstein, Jahrgang 10, Nr. 12 und 13

2) Dr. H. Hoffmeister "Die schleswig-holsteinische Binnenfischerei 1961" in "Der Fischwirt", Jahrgang 1962, Nr. 3

Fangergebnis der Binnenfischerei 1961



Ein Vergleich der Fangergebnisse mit denen anderer Jahre ist nicht möglich. Die Anlieferungsnotierungen auf dem Kieler Seefischmarkt reichen hierfür nicht aus, da dort nach Schätzungen nur etwa ein Viertel der Aalfänge und bei den anderen Fischarten nur etwa ein Drittel der Produktion angeliefert wird³.

Interessant sind die Fangergebnisse je Flächeneinheit. Insgesamt wurden 1961 in der Seenfischerei 26,5 kg Fische je ha befischter Gewässerfläche gefangen. Jedoch sind die Unterschiede in den einzelnen Betriebsgrößenklassen erheblich:

Größe der befischten Gewässerfläche	Fangergebnis in kg je ha befischter Gewässerfläche
unter 10 ha	32,9
10 – 50 ha	48,3
50 – 100 ha	33,9
100 – 500 ha	29,0
500 und mehr ha	23,9

Sehr unterschiedlich sind auch die Erträge in den einzelnen Betrieben. Von den 60 Betrieben der Seenfischerei über 10 ha Größe hatten ein Fangergebnis je ha befischter Gewässerfläche:

14 Betriebe	unter 15 kg
22 Betriebe	von 15 bis 30 kg
14 Betriebe	von 30 bis 50 kg
6 Betriebe	von 50 bis 100 kg
4 Betriebe	von 100 und mehr kg

Die Erhaltung der Fangergebnisse und damit der Rentabilität zwingt die Betriebsinhaber zu einer laufenden Ergänzung der Fischbestände durch Fischbesatz. Rund 7 Millionen Stück Fischbrut und 800 000 Setzlinge wurden 1961 in den Flüssen und Seen ausgesetzt. Die Brut bestand zum größten Teil aus Hechten und Coregonen, die Setzlinge waren überwiegend Aale.

Die betriebliche Situation wird dadurch gekennzeichnet, daß von den 88 Betriebsinhabern (4 Betriebe waren in der Hand von juristischen Personen) der Seen- und Flußfischerei 56 in der Fischerei hauptberuflich tätig waren, darunter 45 Fischermeister. Insgesamt waren 1961 in diesem Betriebszweig 82 Betriebsinhaber und Familienangehörige und 49 fremde Arbeitskräfte das ganze Jahr voll in der Fischerei beschäftigt. Weitere 57 Betriebsinhaber und Familienangehörige sowie 51 fremde Arbeitskräfte waren nur einen Teil des Jahres tätig.

Fischfanggeräte und Fischereifahrzeuge sowie sonstiges Inventar wie Halteranlagen für die Vorratshaltung lebender Fische und Kühlanlagen für die Vorratshaltung geschlachteter Fische erfordern von den Betrieben einen erheblichen Kostenaufwand. 1962 gab es 94 Motorboote (Benzin oder Diesel), 297 Fischereikähne ohne Motor, 16 eingebaute Aalfänge, 221 transportable oder eingebaute Halteranlagen und 15 Elektrofischereigeräte. Außerdem hatten 13 Betriebe angegeben, daß sie Kühlanlagen mit Tiefkühlung, sonstiger maschineller Kühlung oder Eiskühlung mit einem Fassungsvermögen von insgesamt 38 dz Fisch besitzen. Bei den Fanggeräten setzen sich die Kunstfasern immer stärker durch. Aus der nachstehenden Aufstellung ist gut erkennbar, wie weit die Kunstfaser bereits in den Betrieben verbreitet ist. Es waren vorhanden:

900 Aalschnüre, darunter aus Kunstfaser	729
5 670 Reusen, " " "	4 277
2 101 Stell- und Schwebnetze " "	1 776

Teichwirtschaft und Fischzucht

Am 1. 6. 1962 waren 94 Betriebe mit Teichwirtschaft und Fischzucht in Schleswig-Holstein vorhanden. Überwiegend wurde dieser Erwerbszweig nebenberuflich betrieben; nur 16 Betriebsinhaber übten die Teichwirtschaft und Fischzucht hauptberuflich aus. 7 dieser Betriebsinhaber waren Fischzuchtmeister. Die Betriebe bewirtschafteten 756 Karpfen- und Forellenteiche mit einer Wasserfläche von 1 550 ha. Die gesamte Teichfläche einschl.

3) Dr. A. Pape "Wandel in der Binnenfischerei", Informationsdienst der Landesregierung Schleswig-Holstein, Jahrgang 10, Nr. 12 und 13

Dämme und Umland betrug 1 780 ha. Genau die Hälfte der Betriebe hatte eine Teichfläche von weniger als 5 ha.

Größe der Teichfläche	Karpfenteiche			Forellenteiche		
	Betriebe	Teiche	Wasserfläche in ha	Betriebe	Teiche	Wasserfläche in ha
unter 5 ha	45	123	53	5	28	2
5 - 20 ha	20	182	189	1	1	0
20 - 50 ha	15	180	358	3	47	3
50 und mehr ha	12	195	942	-	-	-
Insgesamt	92	680	1 542	9	76	5

In diesen Betrieben überwiegt eindeutig die Karpfenteichwirtschaft. Nur 9 Betriebe mit 76 Teichen (5,8 ha Teichfläche) befaßten sich mit Salmonidenzucht. Insgesamt gab es 680 Karpfenteiche mit unterschiedlichem Verwendungszweck. 95 Laichteiche und 172 Streckteiche dienten der Gewinnung der Fischbrut und deren Aufzucht, in 252 Abwasserteichen wuchsen die zweisömmerigen Fische zum Speisefisch heran. Außerdem wurden noch 161 Überwinterungs- und Hälterteiche angegeben. Die Überwinterungsteiche enthalten Satzische, sie sind zumeist tiefer als die anderen Teicharten. Die Hälterteiche dienen der Vorratshaltung ausgewachsener Speisefische.

Die Erzeugung litt, wie bereits eingangs erwähnt, auch hier unter der ungünstigen Witterung. In der Karpfenteichwirtschaft wurden 1961 insgesamt 536 000 einsömmerige Setzlinge, rund 200 000 zweisömmerige Satzische und 158 000 kg Speisefische, darunter 4 230 kg Schleie und 4 661 kg sonstige Fische, erzeugt. Der überwiegende Teil der gesamten Erzeugung waren Karpfen. Die Salmonidenzucht erbrachte im gleichen Zeitraum 500 000 Eier, 380 000 Stück Brut, 125 000 Stück einsömmerige Setzlinge und 4 700 kg Speisefische und zweisömmerige Satzische.

Weniger als die Hälfte der Betriebe mit Teichwirtschaft und Fischzucht haben in ihren Teichen zugefüttert. 1961 wurden 99 700 kg Futtermittel pflanzlicher Herkunft und 39 500 kg Futtermittel tierischer Herkunft verbraucht.

An Wirtschaftsinventar wurden unter anderem angegeben:

- 17 Transportfahrzeuge
- 26 Versandgeräte
- 186 Versandfässer
- 70 Brutkästen
- 27 Brutgläser.

Die Bruthäuser hatten eine Gesamtkapazität von 3,5 Mill. Fischeiern. Außerdem verfügten 4 Betriebe über Futterküchengeräte (Futterwolf, Futterdämpfer) und 14 Betriebe über Geräte zur Teichpflege.

Die Arbeit in den Teichwirtschaften und Fischzuchtbetrieben leisteten 22 vollbeschäftigte Betriebsinhaber und Familienangehörige und 15 vollbeschäftigte fremde Arbeitskräfte sowie 73 Betriebsinhaber und Familienangehörige und 57 fremde Arbeitskräfte, die nur einen Teil des Jahres beschäftigt waren.

Verluste der Binnenfischerei

Die Verschmutzung der Gewässer durch schädliche Abwässer bedeutet eine große Gefahr für die Seen- und Flußfischerei. 7 Betriebe hatten gemeldet, daß ihnen 1961 auf einer Fläche von 1 270 ha Abwässerschäden entstanden sind. 16 Teichwirtschaften und Fischzuchten hatten Verluste von zusammen 10 840 kg Fischen angegeben, die durch Fischkrankheiten entstanden waren. Die Betriebsinhaber bezifferten diese Verluste mit 35 000 DM.

Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund

Im Bundesgebiet gab es im Jahre 1962 1 370 Betriebe der Seen- und Flußfischerei mit 112 000 ha befischter Gewässerfläche, darunter 1 101 Betriebe mit 54 800 ha Gewässerfläche, die nur Flußfischerei betreiben. Die durchschnittliche Größe betrug bei den Betrieben der Seenfischerei 213 ha (in Schleswig-Holstein 305 ha), bei denen der Flußfischerei 50 ha (in Schleswig-Holstein 99 ha).

Größe der befischten Gewässerfläche	Betriebe der	
	Seenfischerei	Flußfischerei
unter 10 ha	32	500
10 - 50 ha	52	212
50 - 100 ha	14	144
100 - 500 ha	52	226
500 und mehr ha	119	19

In diesen Ergebnissen sind die 177 Betriebe der Bodenseefischerei nicht nachgewiesen. Für die drei Anliegerstaaten des Bodensees, nämlich die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz ist die bewirtschaftete Gewässerfläche nicht abgegrenzt und somit auch für den einzelnen Betrieb nicht feststellbar. Die Fangergebnisse der Bodenseefischerei werden monatlich festgestellt und in der Fachserie B des Statistischen Bundesamtes Reihe 4/II laufend veröffentlicht.

Die Schwerpunkte der Seen- und Flußfischerei in der Bundesrepublik liegen eindeutig in

Bayern, wo sich jeweils um 50% der Betriebe und der bewirtschafteten Gewässerfläche in diesen beiden Betriebsarten befinden. Entsprechend der landschaftlichen Struktur dieses Landes wird die Seenfischerei besonders in Oberbayern, die Flußfischerei in Niederbayern und in Unterfranken betrieben.

Land	Seenfischerei		Flußfischerei	
	Betriebe	befischte Gewässerfläche in ha	Betriebe	befischte Gewässerfläche in ha
Schleswig-Holstein (einschl. Hamburg)	65	19 819	29	2 868
Niedersachsen	42	6 337	114	5 688
Nordrhein-Westfalen	6	1 457	41	4 835
Hessen	1	1 060	36	5 043
Rheinland-Pfalz	3	588	82	7 464
Baden-Württemberg	14	533	151	4 383
Bayern	137	27 543	630	22 021
Berlin (West)	1	40	18	2 533
Saarland	—	—	—	—
Bundesgebiet	269	57 377	1 101	54 835

Die Bedeutung der Seenfischerei in Schleswig-Holstein kommt darin zum Ausdruck, daß hier knapp ein Viertel der Betriebe und gut ein Drittel der befischten Gewässerfläche des Bundesgebietes liegen. Das ist nach Bayern der zweithöchste Anteil. Erst mit weitem Abstand folgt dann Niedersachsen. In Schleswig-Holstein und Bayern liegen zusammen genommen 83% der gesamten befischten Seenfläche des Bundesgebietes.

Das Fangergebnis in der Seenfischerei betrug im Bundesgebiet 1961 911 000 kg, darunter 791 000 kg Speisefische. 58% dieser Menge wurden allein in Schleswig-Holstein gefangen. Bayern hatte einen Anteil von 21% am Gesamtfang. Auch bei den einzelnen Fischarten hatte Schleswig-Holstein einen hohen Anteil am Fangergebnis:

Aal	77 %
Hecht	60 %
Barsch	90 %
Karpfen	36 %
Weißfische	61 %
Futterfische	62 %
Krebse	67 %

Im Bundesgebiet ergab sich in der Seenfischerei eine Fangmenge von 15,9 kg Fisch je ha befischter Gewässerfläche. Dieser

Ertrag erscheint gering, ist zu einem Teil sicherlich die Auswirkung der eingangs erwähnten ungünstigen Witterungsverhältnisse im Jahr 1961, zum anderen aber auch die Auswirkung des geringen Ertrages in den bayerischen alpinen und voralpinen Seen. Bedingt durch die klimatischen Verhältnisse in diesen Gewässern schätzt Dr. Pape das Fangergebnis auf etwa ein Drittel der sonst üblichen Rotherträge⁴. In den Bundesländern zeigen sich erhebliche Ertragsunterschiede:

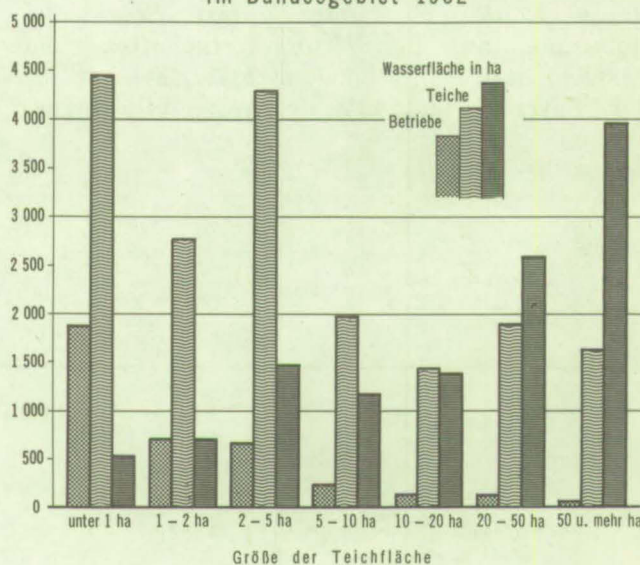
Schleswig-Holstein	26,5 kg Fisch
Niedersachsen	13,9 kg Fisch
Nordrhein-Westfalen	20,8 kg Fisch
Hessen	44,7 kg Fisch
Rheinland-Pfalz	32,8 kg Fisch
Baden-Württemberg	21,0 kg Fisch
Bayern	6,9 kg Fisch

Die Flußfischerei, die nach Bayern in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg besonders verbreitet ist, erbrachte 1961 ein Fangergebnis von 1,2 Mill. kg Fischen, darunter 992 000 kg Speisefische. Das sind 21 kg Fisch je ha befischter Gewässerfläche (in Schleswig-Holstein 82 kg).

Zur Erhaltung der Fangergebnisse wurden 1961 in der Seen- und Flußfischerei gut 30 Mill. Stück Fischbrut und gut 4 Mill. Stück Setzlinge in den Seen und Flüssen ausgesetzt. Die Brut bestand zum größten Teil aus Aalen, Hechten und Coregonen. Die Setzlinge waren vorwiegend Aale, Hechte und Karpfen.

0 - 3625

Teichwirtschaften und Fischzuchten im Bundesgebiet 1962



4) Dr. A. Pape in "Der Fischwirt", Jahrgang 1965, Nr. 2, S. 35

Land	Teichwirtschaft mit Fischzucht		Karpfenteiche		Forellenteiche	
	Betriebe	befischte Gewässerfläche in ha	Betriebe	Wasserfläche in ha	Betriebe	Wasserfläche in ha
Schleswig-Holstein (einschl. Hamburg)	102	1 578	100	1 573	9	5
Niedersachsen	195	1 311	165	1 241	40	70
Nordrhein-Westfalen	106	445	58	386	64	59
Hessen	65	367	39	343	38	24
Rheinland-Pfalz	80	311	37	263	62	48
Baden-Württemberg	128	522	51	478	94	44
Bayern	3 070	7 279	2 928	7 133	226	146
Berlin (West)
Saarland	9	11	4	7	7	4
Bundesgebiet	3 756^a	11 824^a	3 383	11 423	541	401

a) einschl. Bremen und Berlin (West)

Knapp ein Viertel der Betriebsinhaber übte die Seen- und Flußfischerei hauptberuflich aus. Insgesamt waren 567 Betriebsinhaber, Familienangehörige und ständige familienfremde Arbeitskräfte während des ganzen Jahres in diesen beiden Betriebsarten voll beschäftigt.

3 756 Teichwirtschaften und Fischzuchten wurden im Juni 1962 im Bundesgebiet betrieben, darunter allein in Bayern 3 070, die vornehmlich in den wasserreichen Landschaften der Oberpfalz und in Ober- und Mittelfranken ansässig waren.

Insgesamt wurden 18 400 Teiche mit einer Wasserfläche von 11 800 ha bewirtschaftet. Zwei Drittel der Teiche waren Karpfenteiche. Die 6 120 Forellenteiche liegen hauptsächlich in Oberbayern, in Baden-Württemberg und im Raum Lüneburg. Der Anteil Schleswig-Holsteins an den Teichwirtschaften und Fischzuchten im Bundesgebiet ist mit 3% der Betriebe und 13% der Wasserfläche nur gering.

In der Karpfenteichwirtschaft liegt Bayern mit großem Abstand an der Spitze aller Bundesländer. In allen Aufzuchtstufen des Karpfens werden dort die weitaus größten Mengen erzeugt. Bei den verkauffähigen Speisekarpfen liegt Schleswig-Holstein, wenn auch mit großem Abstand, an zweiter Stelle.

Zu den in der Tabelle nachgewiesenen Mengen kommen noch 3,5 Mill. Stück 1-sömmerige Setzlinge, 148 000 Stück 2-sömmerige Satz-fische und 22 400 kg Speisefische anderer Fischarten. In der Salmonidenzucht wurden insgesamt 88 Mill. Eier, 43 Mill. Brut, 15 Mill. Setzlinge und 1,1 Mill. kg Speisefische erzeugt. Die Haupterzeugungsgebiete waren hier Bayern, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Die Teichwirtschaften und Fischzuchten wurden überwiegend nebenberuflich betrieben, nur 7% aller Betriebsinhaber (natürliche Personen) bewirtschafteten ihren Betrieb im Hauptberuf. 373 Betriebsinhaber und Familienangehörige sowie 276 familienfremde Arbeits-

Land	Setzlinge (1-sömmerige)		Satzfische (2-sömmerige)		Speisefische und 3-sömmerige Satz-fische	
	Karpfen	Schleie	Karpfen	Schleie	Karpfen	Schleie
	1 000 Stück		1 000 Stück		1 000 kg	
Bundesgebiet	5 458,5	1 857,6	2 064,4	630,5	1 434,8	79,8
darunter						
Schleswig-Holstein	296,9	97,2	135,1	41,2	149,3	4,2
Niedersachsen	1 552,0	366,0	356,0	198,0	139,8	11,7
Baden-Württemberg	396,7	470,0	46,7	32,9	49,5	6,7
Bayern	2 641,4	747,9	1 316,5	283,1	1 009,5	49,9

kräfte waren in dieser Betriebsart das ganze Jahr über vollbeschäftigt, während 4 391 Betriebsinhaber und Familienangehörige und 917 familienfremde Arbeitskräfte nur einen Teil des Jahres in den Betrieben arbeiteten.

72% der Betriebe hatten angegeben, daß sie 1961 insgesamt 2,3 Mill. kg Fischfutter pflanzlicher Herkunft in den Teichwirtschaften

und Fischzuchten verfüttert haben, 481 Betriebe hatten 7,1 Mill. kg Futtermittel tierischer Herkunft verbraucht. Das ergibt einen Jahresverbrauch von 796 kg je ha Wasserfläche.

Karl Brühn

Vergleiche auch: "Die Binnenfischerei in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 309 (Oktober)

Güterverkehr auf den Eisenbahnen

Die von den Eisenbahnen beförderte Gütermenge in Schleswig-Holstein lag 1956 mit 8,7 Mill. t (ohne Dienstgut- und Militärverkehr) am höchsten seit Kriegsende. Da über ein Drittel dieser Menge Kohlentransporte waren, ist es verständlich, daß deren Rückgang auch zu einem Sinken der gesamten Gütermenge führte. 1959 wurden nur noch 7,35 Mill. t befördert. Danach haben sich aber die Lieferungen von Kohle nach Schleswig-Holstein wieder verstärkt, so daß sich auch die Gesamtmenge wieder erhöhte. Sie wuchs von Jahr zu Jahr und betrug 1963 wieder 8,52 Mill. t. Damit lag sie nur noch wenig unter der von 1956.

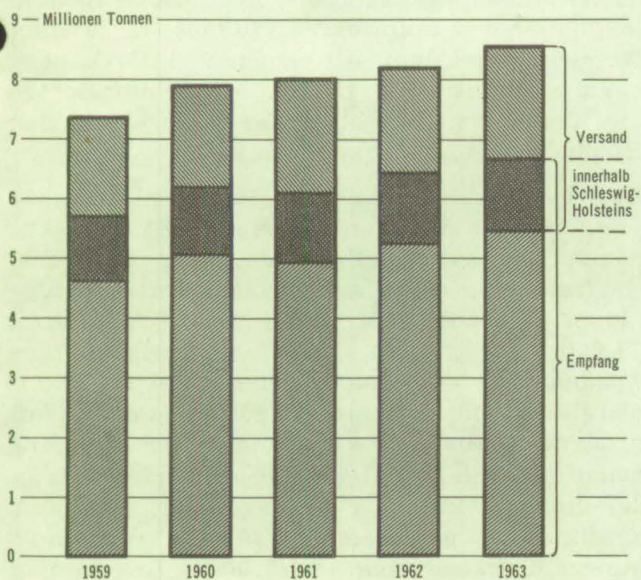
Empfang und Versand sind an der Gesamtmenge ungleich beteiligt. Der Empfang ist etwa doppelt so groß wie der Versand. Dieses Ungleichgewicht wird durch die hauptsächlich

in einer Richtung laufenden Kohlentransporte bedingt. So kommt es auch, daß sich der Versand ruhiger entwickelte und den Stand von 1956 im Jahre 1963 mit 3,10 Mill. t überschritten hatte. Der Empfang war inzwischen auf 6,64 Mill. t gestiegen.

Die Verkehrsbezirke des Landes sind in sehr unterschiedlichem Maße an dem Transportvolumen beteiligt. An dem Verkehr über die Grenzen Schleswig-Holsteins hat das Nordseegebiet einen Anteil von fast der Hälfte des Versandes von 1,88 Mill. t und gut einem Drittel des Empfangs von 5,42 Mill. t. Das Ostseegebiet empfängt fast ebensoviel, es versendet aber nur 14%. Lübecks Versand ist mit einem Drittel verhältnismäßig groß, der Anteil am Empfang beträgt aber nur

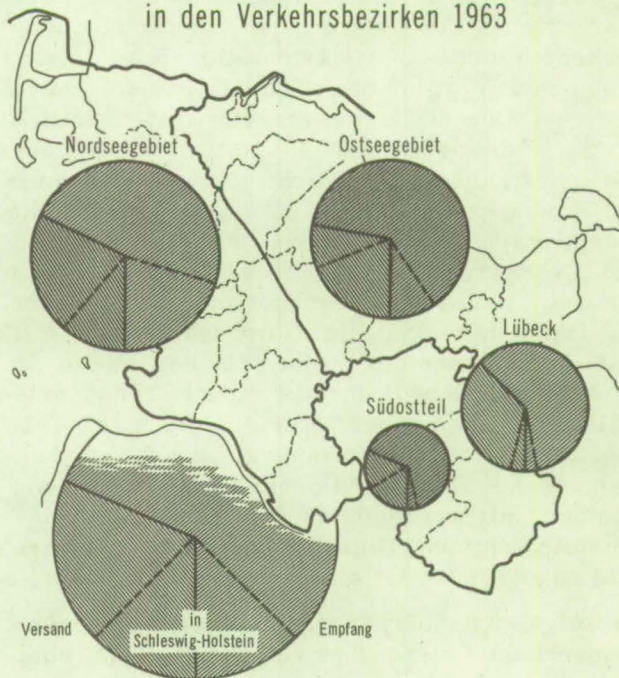
D - 3617

Güterverkehr auf den Eisenbahnen in Schleswig-Holstein 1959-1963



D - 3618

Güterverkehr auf den Eisenbahnen in den Verkehrsbezirken 1963



ein Fünftel. Dadurch ist das Verhältnis von Versand zu Empfang hier am ausgeglichensten. Der Südostteil des Landes ist am Versand mit nur 6% und am Empfang mit einem Zehntel beteiligt. Der Verkehr innerhalb des Landes, der 1,23 Mill. t umfaßt, spielt sich im wesentlichen zwischen Nord- und Ostseegebiet und innerhalb dieser Bezirke ab.

Es ist bemerkenswert, daß ein so großer Teil des gesamten Versandes auf den Eisenbahnen nur über verhältnismäßig kurze Strecken führt, die eigentlich als Domäne des Kraftfahrzeugs gelten. Es ist deshalb interessant, die Verkehrsträger zu vergleichen trotz aller Einschränkungen, die gemacht werden müssen. Die Zahlen hierzu liegen nur für 1962 vor. Damals wurden innerhalb Schleswig-Holsteins durch das Schiff 0,8 Mill. t Güter befördert, durch die Bahn 1,2 Mill. t und im Güterfernverkehr auf der Straße 1,0 Mill. t. Es fehlt hierbei der Güternahverkehr, der ein Mehrfaches des Fernverkehrs ausmachen dürfte. Der größte Teil der Güter, die innerhalb des Landes befördert werden, dürfte damit auf Kraftfahrzeugen transportiert werden. Beim Gütertausch mit dem übrigen Bundesgebiet spielt der Nahverkehr mit Hamburg eine wesentliche Rolle. Die Angaben für den Straßenverkehr müßten also auch hier erhöht werden. Im Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen wurden 1,8 Mill. t Güter versandt und 2,0 Mill. t empfangen. Auf dem Wasserwege verließen das Land 3,2 Mill. t und 2,3 Mill. t wurden herangeführt. Demgegenüber wurden mit der Bahn 1,4 Mill. t versandt und 4,3 Mill. t empfangen. Der Anteil der Bahn am Versand ist mit einem knappen Viertel also recht bescheiden, der am Empfang beträgt aber etwa die Hälfte, wenn man den Güternahverkehr nicht berücksichtigt. Für einen genaueren Vergleich ist dies jedoch unerläßlich. Der Güternahverkehr ist nämlich häufig Zubringer und Verteiler für andere Verkehrsträger. Geschieht das über kurze Entfernungen, wie z. B. in Verbindung mit Bahntransporten, so kann man notfalls auf den Güternahverkehr verzichten. Anders dagegen bei Schiffstransporten. Hier steht der Hafen Hamburg im Güternahverkehr mit fast dem gesamten holsteinischen Raum in Verbindung. Ohne Kenntnis dieser Transporte fehlen Angaben über Waren, die zum Teil über erhebliche Entfernungen bewegt wurden. Man denke nur an Überseegüter, die von Hamburg mit Straßenfahrzeugen nach Schleswig-Holstein kommen. Diese Lücke im statistischen Bild zu schließen ist eine dringende Aufgabe.

Es zeigt sich überhaupt, daß auch der Eisenbahnverkehr zum überwiegenden Teil über

verhältnismäßig kurze Strecken abgewickelt wird. Auf den großen Anteil des Verkehrs innerhalb des Landes wurde schon hingewiesen. Zwei Fünftel des Versandes überschritten nicht die Grenzen des Landes. Sie wurden also höchstens 200 km weit transportiert. Mit den Nachbarn Hamburg und Niedersachsen ist der Austausch auch rege. Nordrhein-Westfalen ist Lieferant von Kohlen, neben denen die übrigen Güter zurücktreten. Auch aus Mitteldeutschland kommen größere Gütermengen. Alle anderen Länder haben dagegen nur einen bescheidenen Anteil.

Land	Versand	Empfang
	1 000 t	
Schleswig-Holstein	1 226	1 226
Hamburg	109	329
Niedersachsen	470	1 747
Bremen	55	45
Nordrhein-Westfalen	252	1 824
Hessen	104	120
Rheinland-Pfalz	54	142
Baden-Württemberg	164	51
Bayern	295	87
Saarland	12	14
Berlin (West)	34	10
Mitteldeutschland	26	757
Ausland	303	288
Insgesamt	3 103	6 640

Die Transporte innerhalb des Landes bestehen zu über der Hälfte aus Mineralöl oder Mineralölerzeugnissen. 475 000 t rohes Erdöl wurden in das Nordseegebiet geschickt, 235 000 t Kraftstoffe und Heizöl und 60 000 t andere Mineralölerzeugnisse kamen von dort. Zu den im Ostseegebiet liegenden Zuckerfabriken wurde der größte Teil von 95 000 t Zuckerrüben angeliefert. Erheblich waren auch die Transporte von Düngemitteln (69 000 t) und Steinkohlen (40 000 t). 25 000 t Walzwerkserzeugnisse wurden im Ostseeraum verladen. Die gleiche Menge erreichten die Kraftwagen, die mit der Bahn über den Hindenburgdamm fuhren.

Der Gütertausch mit Hamburg ist sehr vielseitig, so daß es nicht leicht fällt, Schwerpunkte herauszustellen. Im Versand sind Kraftstoffe, Heizöl, andere Mineralölerzeugnisse, Benzol und Teer mit insgesamt 21 000 t zu nennen. 19 000 t lebende Tiere wurden geliefert. Auch Düngemittel (11 000 t) und Kalk und Zement (7 000 t) waren mit größeren Mengen vertreten. Im Empfang stand gleichfalls die Mineralölwirtschaft an der Spitze: 35 000 t rohes Erdöl, 46 000 t Kraftstoffe und Heizöl, 30 000 t andere Mineralölerzeugnisse und 5 000 t Benzol und Teer kamen von Hamburg ins Land. Das

ist schon ein Drittel der Gesamtmenge. Der nächst wichtige Posten ist die Steinkohle mit 58 000 t. Für andere Güter ist die Landwirtschaft Erzeuger oder Verbraucher: 19 000 t Düngemittel, 15 000 t Getreide und 14 000 t Futtermittel. Aber auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie erhielt 16 000 t Güter.

Im Gegensatz zu Hamburg ergaben sich im Verkehr mit Niedersachsen klare Schwerpunkte. In erster Linie wird Phosphatdünger (140 000 t) versandt. Der Südostteil des Landes liefert seine Zuckerrüben zur Verarbeitung nach Niedersachsen. Insgesamt gehen dorthin 71 000 t. An Kraftstoffen, Heizöl und anderen Mineralölerzeugnissen wurden 49 000 t verladen. Außerdem bezog Niedersachsen noch 34 000 t Roheisen aus Lübeck. Über zwei Drittel des Empfanges werden von drei Gütergruppen bestritten: Erdöl (664 000 t), Düngemittel (309 000 t) und Salz (235 000 t). Das Erdöl wird im Nordseegebiet verarbeitet, von dem Salz wird ein erheblicher Teil über Lübeck verschifft, während der Dünger im Lande verbraucht wird. Auch Fahrzeuge (53 000 t) gehen meist auf dem Wasserwege in die nordischen Länder weiter. Aus der Braunschweiger Gegend kommen Walzwerkserzeugnisse, meist Bleche für den Schiffbau. Insgesamt lieferte Niedersachsen 52 000 t. Es seien noch 52 000 t Kalk und 41 000 t Braunkohle, hauptsächlich Grudekoks, genannt.

Für den Bergbau in Nordrhein-Westfalen wurden 40 000 t Grubenholz geliefert, das über Lübeck eingeführt wird. Auch weitere 9 000 t Holz wurden dorthin abgefertigt. 37 000 t Roheisen und die gleiche Menge Schrott sind ein weiterer wichtiger Posten. Die schleswig-holsteinische Landwirtschaft lieferte 13 000 t lebende Tiere und fast genauso viel Fleisch, Eier und Milch. Zwei Drittel der aus Nordrhein-Westfalen verschickten Güter sind Steinkohlen, nämlich 1 289 000 t. Weiterhin wurden 225 000 t Düngemittel geliefert. 82 000 t Walzwerkserzeugnisse und 35 000 t Fahrzeuge mögen die Reihe schließen.

Mit den Ländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wurden nur etwa je

200 000 t Güter ausgetauscht, mit Bayern etwa die doppelte Menge. Den Kern bilden bei allen Ländern so ziemlich die gleichen Güter. Kraftstoffe, Heizöl und andere Mineralölerzeugnisse stehen an erster Stelle des Versandes. Kartoffeln, Gemüse und lebende Tiere sind eine weitere wichtige Gruppe. Holz und Zellstoff kommen zum großen Teil über den Hafen Lübeck aus den nordischen Ländern. 20 000 t des Versandes entfallen auf die Gruppe "Pflanzliche und tierische Rohstoffe", zu der auch die Baumschulerzeugnisse zählen. Der größte Teil dieser Sendungen kommt aus dem Nordseegebiet. Im Empfang bildet Dünger den wichtigsten Posten. Es folgen Fahrzeuge, von denen der größte Teil von Hessen zum Lübecker Hafen geht. Ton für Industriezwecke, Steine und Waren aus Naturstein und ähnlichen Stoffen runden das Bild.

Im Verkehr mit Mitteldeutschland ist nur der Empfang erwähnenswert. Er besteht fast ausschließlich aus Braunkohlenbriketts, von denen 724 000 t geliefert werden.

Der Verkehr mit den Staaten des Auslandes ist nur gering. Insgesamt umfaßt er nur 300 000 t im Versand und 290 000 t im Empfang. Er soll deshalb nur nach Ländern und nicht nach Gütern aufgliedert werden. Der stärkste Austausch besteht mit Dänemark. Von den insgesamt transportierten 174 000 t entfallen drei Fünftel auf den Empfang. Die 120 000 t, die im Verkehr mit der Schweiz aufgebracht werden, werden fast ausschließlich dorthin versandt. Im Verkehr mit Schweden (89 000 t) überwiegt dagegen der Empfang. Mit Österreich wurden 54 000 t ausgetauscht. Italien, die Tschechoslowakei, Polen, Frankreich, Belgien und die Niederlande haben noch nennenswerten Güteraustausch mit Schleswig-Holstein. Bei allen anderen Ländern liegt er unter 10 000 t.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Der Strukturwandel im Güterverkehr auf den Eisenbahnen in den Jahren 1959 bis 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 308 (Oktober)

Kurzberichte

Streiks und Aussperrungen 1960 bis 1965

1960, 1963 und 1965 hat das Landesarbeitsamt keinen Streik in Schleswig-Holstein registriert. Möglicherweise gab es jedoch Bagatell-

streitigkeiten, an denen weniger als 10 Arbeitnehmer beteiligt waren oder bei denen weniger als 100 Arbeitstage verloren gingen. Diese Streiks oder Aussperrungen werden von der Statistik nicht erfaßt.

1961 streikten 34 Arbeitnehmer eines Betriebes, was zu einem Ausfall von 429 Arbeitstagen führte.

1962, und zwar im 2. und 3. Vierteljahr, gingen in Schleswig-Holstein durch Streiks rund 33 600 Arbeitstage verloren. An diesen Streiks waren 104 Betriebe der Papiererzeugung und -verarbeitung, der Ledererzeugung und -verarbeitung und des Ausbaugewerbes und ungefähr 2 400 Beschäftigte beteiligt.

1964 wurde ein Betrieb der Holzverarbeitenden Industrie vom Streik betroffen, an dem 13 Arbeitnehmer beteiligt waren. Es gingen dadurch 46 Arbeitstage verloren. Dieser Streik blieb für Schleswig-Holstein eine Einzelaktion, während im benachbarten Hamburg gleichzeitig 16 Betriebe der Holzverarbeitung bestreikt wurden.

Verglichen mit dem Metallarbeiterstreik von 1956/57, der Schleswig-Holstein 2,3 Millionen Arbeitstage kostete, handelte es sich also in der Berichtszeit um unbedeutende Ausfälle. Keiner der Streiks erfaßte eine ganze Branche, sondern in jedem Falle handelte es sich um Teil- oder Schwerpunkstreiks. Nicht einmal von den etwas ausgedehnteren Streiks des Jahres 1962 wurde ein Wirtschaftszweig des Landes vollständig lahmgelegt. Die 94 Betriebe des Malerhandwerks, das Gros der 104 insgesamt bestreikten Betriebe, beschränkten sich auf den Raum Kiel und Flensburg. Ansonsten wurde noch in 3 Fliesenlegerbetrieben in Kiel, 2 Papiererzeugungsbetrieben und 5 ledererzeugenden Betrieben (davon 4 in Neumünster) gestreikt. Die Größenordnung der Streiks wird noch dadurch gekennzeichnet, daß z. B. von den rund 1 100 Streikenden der Lederindustrie 985 nur 7 bis 24 Tage ausfielen und nur der Rest über 24 Tage im Ausstand war. Der Streik in den Malerbetrieben hatte nur etwa 57% der Beschäftigten in den betroffenen Betrieben erfaßt. Von den 552 streikenden Arbeitnehmern

blieben drei Viertel weniger als 7 Tage der Arbeit fern - in 50 Kieler Betrieben wurde sogar nur 1 bis 3 Tage gestreikt - und ein Viertel 7 bis 24 Tage.

Den vergleichsweise stärksten Arbeitsausfall durch Streik hatte von den Bundesländern im Berichtszeitraum Baden-Württemberg mit rund 820 000 verlorenen Arbeitstagen bei 94 000 beteiligten Arbeitnehmern im Jahre 1963, den geringsten Bremen mit 250 verlorenen Arbeitstagen und 1 000 beteiligten Arbeitnehmern im Jahre 1962. In Berlin (West) gab es während der sechs Berichtsjahre lediglich 1961 einen kleinen Streik. Einige der kleineren Länder, nämlich Bremen und Rheinland-Pfalz, waren schon in den letzten 3 Jahren ohne Streik, Berlin (West) schon in den letzten 4. Dagegen wurde in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in jedem der Jahre 1960 bis 1965 gestreikt.

Aussperrungen gab es in Schleswig-Holstein während dieser Zeit überhaupt nicht, wohl aber kamen sie in größerem Ausmaß 1963 in Baden-Württemberg vor, wo für 84 000 Arbeitnehmer mit 350 000 verlorenen Arbeitstagen gleichzeitig der Tatbestand des Streiks und der Aussperrung vorlag und darüber hinaus 970 000 Arbeitstage durch Aussperrung allein verloren gingen.

Im übrigen Bundesgebiet sind Aussperrungen nach wie vor selten gewesen und haben niemals einen nennenswerten Umfang erreicht. Das gilt auch für das Jahr 1965, in dem 7 Betriebe den Streik mit der den Arbeitgebern zu Gebote stehenden Kampfmaßnahme der Aussperrung beantwortet haben. Dadurch haben sich im gesamten Bundesgebiet rund 11 000 Aussperrungstage ergeben, die zum größten Teil mit den Streiktagen zeitlich zusammenfielen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Streiks 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 122 (April) und "Streiks 1965" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 117 (Februar)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Familienstand, Bevölkerung nach dem –	2/33
Bevölkerungsbewegung	
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1964	2/28
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Feuerwehreinsätze 1964	2/47
Wahlen	
Bundestagswahl 1965 (Teil 3)	1/4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Bodennutzung 1965	3/59
Schlachttiere, Qualität der –	1/8
Vorausschätzung Landwirtschaft	3/51
Industrie und Handwerk	
Handwerk, Nebenfunktionen im –	1/23
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Tiefbauaufträge, Öffentliche – 1964	2/39
Öffentliche Finanzen	
Bilanzstruktur der Unternehmen 1963	3/66
Einsätze 1964	1/10
Preise	
Bauwirtschaft, Preisentwicklung –	1/18
Löhne und Gehälter	
Landwirtschaft, Arbeiterverdienste –	1/23
Versorgung und Verbrauch	
Verbrauch in privaten Haushalten	2/42

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 18. Jahrgang . Heft 4 . April 1966

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964/65			1965/66			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 392	2 406	2 408	2 409	2 437	2 439
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 824	1 686	1 090	1 358	1 384	1 664
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	9,1	8,3	5,3	7,4	6,9	8,0
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 769	3 846	3 668	3 703	3 385	3 656
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,9	18,8	18,0	20,0	16,9	17,7
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 344	2 516	2 618	2 382	2 610	2 786
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	11,7	12,3	12,8	12,9	13,0	13,5
*	darunter im ersten Lebensjahr	93	84	98	71	72	74	83
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	22,4	25,5	19,4	19,4	21,9	22,7
*Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 425	1 330	1 050	1 321	775	870
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	7,1	6,5	5,1	7,2	3,9	4,2
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 244	5 927	7 217	5 392	7 061	7 192
*Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 189	5 796	6 147	4 933	6 367	6 102
*Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)		260	1 055	131	1 070	459	694	1 090
*Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 616	9 321	9 377	7 543	10 122	9 706
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 049	21 044	22 741	17 868	23 550	23 000
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	163	149	157	138	168	158
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	50	11	12	16	16	8	10	14	14
darunter *Männer	1 000	31	7	8	11	11	5	7	10	11
Offene Stellen	1 000	5	16	12	14	18	17	15	17	19
darunter für Männer	1 000	3	8	6	7	8	9	8	8	9
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 291 ^a	1 291	.	.	.	1 379	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	479 ^a	479	.	.	.	505	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 716 ^a	1 716	.	.	.	1 701	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	174 ^a	174	.	.	.	169	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	107	.	.	.	103	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	22	19	18	16	31	19	20	19
*Kälber	1 000 St.	5	4	4	4	4	3	4	4	4
*Schweine	1 000 St.	81 ^b	140 ^c	170	167	149	166	174	160	148
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	12 ^c	28	27	22	22	24	26	18
*Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	16,6	16,8	17,0	14,9	19,9	17,3	16,9	16,0
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	5,0	4,2	4,2	3,5	7,0	4,3	4,6	4,5
*Schweine	1 000 t	5,9	11,3	12,3	12,5	11,1	12,7	12,7	11,9	11,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	232	233	242	236	250	242	242	246
Kälber	kg	49	55	55	58	61	58	57	54	56
Schweine	kg	89	88	86	89	87	88	85	89	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	161	144	158	154	126	150	171	165
darunter *an Molkereien geliefert	%	87	89	87	88	88	88	88	89	88
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,2	9,8	10,6	11,5	8,7	10,1	10,9	11,6

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) innerhalb des

Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden

5) gewerbliche und Hausschlachtungen

6) einschl. Schlachtfette,

jedoch ohne Innereien

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1958/59=25

c) Winterhalbjahr 1964/65=21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964/65			1965/66			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	174	175	174	176	179	178	177	...
darunter *Arbeiter 8)	1 000	136	138	139	138	139	141	139	139	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	23 024	23 794	22 694	22 294	23 767	23 852	22 358	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	87,8	99,8	91,7	86,1	105,3	107,6	94,4	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	32,1	39,3	34,8	34,5	41,2	44,4	39,2	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	57	65	60	53	59	53	51	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 264	8 093	8 789	7 794	6 842	7 929	8 519	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	70	83	77	73	87	84	91	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	107	120	115	110	127	125	121	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	34	42	38	33	42	38	37	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	673	770	740	603	811	828	711	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	77	121	79	56	104	109	104	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1958=100	100	132	134	131	128	r 146	136	124	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		100	154	129	106	91	128	110	62	...
Hochofen- und Stahlwerke		100	100	94	94	100	84	81	85	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		100	146	152	170	162	145	125	158	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		100	207	201	204	222	231	r 212	195	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		100	108	87	101	105	103	77	83	...
papierherzeugenden Industrie		100	126	112	136	134	131	110	130	...
Schiffbaues		100	69	61	65	71	76	74	78	...
Maschinenbaues		100	129	178	130	136	r 148	148	132	...
elektrotechnischen Industrie		100	117	134	128	133	163	170	132	...
feinmechanischen und optischen Industrie		100	157	171	256	111	230	224	98	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		100	171	159	177	174	195	158	165	...
lederherzeugenden Industrie		100	76	68	72	71	55	55	51	...
Schuhindustrie		100	111	85	113	116	113	81	104	...
Textilindustrie		100	97	90	94	94	115	89	98	...
Bekleidungsindustrie		100	117	85	127	132	122	r 87	122	...
Fleischwarenindustrie		100	159	180	157	168	213	205	188	...
fischverarbeitenden Industrie		100	121	138	132	142	154	147	135	...
Meiereien und milchverarbeitenden Industrie		100	123	126	130	131	101	r 119	126	...
Bauhauptgewerbe		100	137	115	107	84	114	98	67	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	104	.	.	.	103
*Umsatz	Vj. - Ø 1955=100	-	235	274	.	.	.	283
darunter *Handwerksumsatz	Vj. - Ø 1955=100	-	223	266	.	.	.	272

Öffentliche Energieversorgung

*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	121	170	169	148	146	157	165	...
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	143	252	305	298	268	320	336	332	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	20	26	23	22	26	28	30	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964/65			1965/66			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	68 465	67 322	65 622	64 113	67 720	66 712	64 622	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 932	8 567	7 398	5 785	7 994	7 498	4 714	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 073	3 568	3 131	2 361	3 317	3 176	1 987	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	4 302	3 653	2 949	2 351	3 316	3 035	1 884	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	47,7	47,1	36,2	27,6	43,0	45,3	25,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	3,7	5,0	3,6	3,6	4,5	6,1	4,2	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	143,2	211,1	104,4	91,4	167,8	191,2	98,7	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 011	919	779	1 011	1 100	1 081	724	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	350	244	119	164	161	147	121	...
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	120,6	107,6	88,1	115,7	114,7	135,7	100,9	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	85,0	79,7	67,9	90,0	88,4	104,3	64,0	...
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 443	1 231	983	1 287	1 254	1 516	971	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	896	810	698	874	864	1 017	607	...
*Wohnungen		2 109	2 627	2 331	2 055	2 486	2 045	2 763	1 672	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 289	2 111	1 747	2 231	1 843	2 565	1 508	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 488	11 868	760	1 118	2 120	13 440	914	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 574	52 599	3 120	4 566	9 208	57 945	3 786	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	506	1 157	337	386	5 205	1 068	2 111	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 166	701	374	944	859	1 080	415	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 108	20 715	17 809	18 386	16 532	18 094	17 175	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 411	32 606	34 564	29 425	41 376	38 827	39 193	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	96,1	122,5	127,9	73,3	95,7	154,9	126,5	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	7,7	7,3	10,0	7,7	19,5	17,3	10,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	88,4	115,2	118,0	65,6	76,2	137,6	115,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,0	3,3	3,3	2,6	2,7	3,4	2,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,8	12,8	9,6	5,9	10,4	7,7	14,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	75,7	99,1	105,1	57,1	63,2	126,5	98,6	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	4,9	5,6	5,3	5,5	6,8	7,0	6,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	70,8	93,5	99,7	51,6	56,3	119,5	92,7	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	22,2	21,1	21,4	21,5	30,6	33,0	24,7	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,4	4,4	2,6	5,1	9,7	9,2	5,0	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	7,7	8,5	10,3	7,7	8,8	12,4	9,5	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	40,1	36,2	51,7	23,2	33,9	50,1	64,3	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,1	9,8	9,0	6,0	10,4	10,8	11,9	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,6	6,1	4,8	4,5	6,1	5,2	6,6	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,0	3,0	25,7	1,6	2,3	3,7	32,7	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,1	8,3	5,6	4,6	5,8	7,9	5,3	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	155	59	65	64	p 72	p 58	p 63	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	18	6	4	5	p 7	p 6	p 4	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 020	172	193	195	p 222	p 175	p 189	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	37	11	9	9	p 12	p 11	p 9	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964/65			1965/66			
		Monats- Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	204	243	213	175	209	230	204	165
*Güterversand	1 000 t	195	325	328	341	245	303	327	192	170
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 082	4 360	3 987	5 394	5 170	4 804	4 106	...
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	25	7	8	7	1	23	3	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 850	3 329	3 085	4 270	3 994	3 606	3 231	...
*Kombinationskraftwagen		175	406	349	329	469	420	454	331	...
*Lastkraftwagen		293	392	343	302	333	368	352	281	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 086	1 197	760	699	1 018	1 116	p 777	p 732
*Getötete Personen		40	58	62	46	30	52	82	p 41	p 24
*Verletzte Personen		1 130	1 449	1 643	999	911	1 337	1 432	p 1 035	p 968
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	7 247 ^d	7 247	7 304	7 381	8 208	8 273	8 260	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 910 ^d	1 910	1 878	1 915	2 067	2 076	2 038	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 890 ^d	1 890	1 856	1 883	2 037	2 047	2 027	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	5 337 ^d	5 337	5 426	5 466	6 141	6 197	6 223	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	4 570 ^d	4 570	4 647	4 686	5 253	5 296	5 304	...
*Einlagen von Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	4 434 ^d	4 434	4 573	4 612	4 961	5 053	5 093	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 705 ^d	1 705	1 796	1 783	1 901	1 875	1 855	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 399 ^d	1 399	1 480	1 462	1 615	1 573	1 586	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	2 729 ^d	2 729	2 776	2 829	3 060	3 178	3 238	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 844 ^d	1 844	1 875	1 909	2 045	2 123	2 160	2 189
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	529 ^d	529	537	547	600	624
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	132	254	184	141	143	320
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	102	174	137	88	128	202
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	7	10	5	6	7	8	9	10
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	1	1	-	-	1	2	1
Wechselproteste	Anzahl	636	906	828	751	673	847	857
	Wert	1 000 DM	465	900	890	815	780	938	1 176	...
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	71 342	123 323	65 536	47 149	62 023	146 770	65 910	56 124
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	3 017	802	530	7 235	7 814	623	722	8 526
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	7 870	7 698	10 101	7 621	8 309	8 543	11 181	8 511
*Biersteuer	1 000 DM	420	705	692	634	754	768	704	637	753
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	55 832	110 330	50 782	26 112	40 330	131 910	49 138	32 029
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	144 858	181 949	154 381	119 243	149 794	217 016	171 907	135 895
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	43 786	47 518	56 004	38 357	51 633	53 498	64 238	41 759
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 886	6 079	5 609	2 442	5 792	5 686	5 024	4 490
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 455	1 350	1 181	1 112	1 543	1 434	1 354	1 256
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 321	5 862	5 796	7 214	8 625	7 471	7 907	7 604
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	52 705	50 595	53 318	53 422	56 416	64 587	61 974	60 303
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	33 302	33 051	34 972	32 129	34 659	35 381	35 222	33 735
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	35 696	70 538	32 467	16 695	25 785	84 335	31 416	20 477
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	9	6	7	2	1	4	-	5
* Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 236	8 892	3 329	9 487	10 797	8 129	2 026	8 573
* Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	91 528	180 868	83 248	42 807	66 115	216 245	80 553	52 506
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	40 956	55 613	59 911	30 832	52 976	68 300	53 447	35 922
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	40 760	100 371	20 348	10 831	7 131	117 754	23 928	11 886
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	799	686	683	992	2 144	755	995	106
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 012	24 198	2 306	153	3 864	29 436	2 182	4 592

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1964	1964/65			1965/66			
		Monats- Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	94 160 ⁺	91 787 ^e	.	.	.	102 785 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 145 ⁺	6 780 ^e	.	.	.	7 447 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	15 397 ⁺	13 634 ^e	.	.	.	14 454 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	57 ⁺	298 ^e	.	.	.	4 ^e	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	64 882 ⁺	64 570 ^e	.	.	.	73 069 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	6 793 ⁺	7 101 ^e	.	.	.	7 819 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 256 ⁺	7 278 ^e	.	.	.	5 527 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	97,8	98,7	97,9	99,3	101,5	102,0	p 101,8	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1958=100	100	104,2	105,6	106,3	106,4	107,0	107,0	p 107,4	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	103,4	105,6	104,7	105,1	107,2	107,6	p 107,7	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	101,6 ^g	102,7	103,0	103,9	104,6	104,8	105,3	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	107,2 ^g	110,5	107,6	p 107,1	p 115,0	p 117,1	p 113,5	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	147,8	.	.	150,7	155,9
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 ^f	104,2 ^g	103,6	104,4	105,2	106,4	106,6	107,1	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	112	113	114	114	116	117	118	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	105,4	106,4	107,0	107,1	110,3	110,9	111,5	111,7
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	105,0	105,8	106,4	106,2	110,2	111,3	111,6	...
Kleidung, Schuhe		.	104,3	105,2	105,6	105,9	108,5	108,7	109,2	...
Wohnungsmieten		.	112,1	114,8	116,2	116,4	120,9	121,0	125,4	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	104,2	105,1	106,3	106,4	107,6	107,7	107,9	...
Übrige Waren u. Dienstleistungen f. d. Haushaltsführung		.	103,4	104,3	104,8	105,1	107,2	107,5	107,7	...
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	187	.	193	.	.	.	203	.
darunter Facharbeiter	DM	124	198	.	205	.	.	.	215	.
*weiblich	DM	68	113	.	119	.	.	.	129	.
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,10	.	4,27	.	.	.	4,46	.
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,38	.	4,53	.	.	.	4,71	.
*weiblich	DM	1,53	2,72	.	2,89	.	.	.	3,13	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,6	.	45,2	.	.	.	45,5	.
*weiblich	Std.	44,2	41,6	.	41,2	.	.	.	41,1	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,9	.	42,7	.	.	.	43,9	.
*weiblich	Std.	41,4	38,6	.	39,0	.	.	.	40,0	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	933	.	992	.	.	.	1 055	.
*weiblich	DM	382	610	.	641	.	.	.	693	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 058	.	1 107	.	.	.	1 165	.
*weiblich	DM	403	634	.	668	.	.	.	716	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	836	.	857	.	.	.	945	.
*weiblich	DM	331	507	.	538	.	.	.	593	.
technische Angestellte										
männlich	DM	497	927	.	974	.	.	.	1 077	.
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	865	.	897	.	.	.	979	.
*weiblich	DM	347	536	.	568	.	.	.	623	.
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 048	.	1 096	.	.	.	1 159	.
*weiblich	DM	391	633	.	667	.	.	.	716	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1. 10. - 31. 12. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juni-Juli) g) Wirtschaftsjahr 1964/65 (Juni-Juli) h) Umbasierung der Originalreihe 1950=100

+) = Vierteljahresdurchschnitt

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

	Zeit ¹⁾	Einheit	1950	1960	1961	1962	1963	1964
Handel und Gastgewerbe								
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	1 194,0	1 074,1	980,0	1 151,2	1 153,4
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	93,1	78,9	65,6	68,3	92,5
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	1 100,9	995,2	914,4	1 082,9	1 060,9
in % des Bundes			1,0	2,5	2,1	1,8	2,0	1,8
Fremdenverkehr								
Fremdenmeldungen	JS	1 000	367	1 544	1 665	1 649	1 787	1 855
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	20	206	201	196	212	216
Fremdenübernachtungen	JS ²⁾	1 000	2 239	9 779	10 698	10 310	11 421	12 259
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	48	409	402	396	435	438
Verkehr								
Seeschifffahrt								
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	5 822	6 102	6 582	7 122	8 042
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 726	1 798	1 901	2 254	2 609
Binnenschifffahrt								
Güterempfang	JS	1 000 t	.	1 649	1 851	2 092	1 866	2 451
Güterversand	JS	1 000 t	.	2 852	3 239	3 524	3 285	3 899
Nord-Ostsee-Kanal								
Schiffsverkehr								
Schiffe	JS		47 271	77 729 ^a	77 244	80 775	69 283	82 792
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	41 527	40 762	43 428	38 859	44 611
Güterverkehr und zwar	JS	1 000 t	29 907	57 653	57 191	60 667	54 391	62 113
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	31,2	30,5	29,3	29,4	31,5
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	29 228	27 642	28 842	25 697	30 385
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	28 426	29 549	31 824	28 693	31 728
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen	JS		14 922	45 683	51 251	56 115	57 968	60 982
darunter Pkw ³⁾	JS		4 780	35 139	39 875	45 201	47 841	51 073
Kraftfahrzeugbestand								
Kraftfahrzeuge	1.7.	1 000	66 ^b	307	341	379	419	458
darunter								
Kraftträder	1.7.	1 000	22 ^b	60	55	48	39	30
Pkw ³⁾	1.7.	1 000	20 ^b	172	206	245	288	331
Lkw	1.7.	1 000	16 ^b	29	31	33	34	36
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden								
Unfälle	JS		5 006	13 185	13 200	12 968	12 589	13 032
Getötete Personen	JS		208	564	596	641	601	694
Verletzte Personen	JS		5 910	16 687	16 725	16 832	16 433	17 382
Geld und Kredit								
Spareinlagen	31.12.	Mill. DM	131	1 534	1 721	2 018	2 360	2 729
je Einwohner	31.12.	DM	51	664	739	858	993	1 134
Sozialhilfe ⁴⁾								
Empfänger lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt	31.12.	1 000	79,2 ^c	42,2	38,6	37,9	30,4	.
je 1 000 Einwohner	31.12.		30,6 ^c	18,3	16,6	16,1	12,8	.
Aufwand (einschl. weiterer Leistungen)	JS	Mill. DM	57,2	60,7 ^d	79,8	83,2	92,7	96,5
je Einwohner	JS	DM	22	26 ^d	34	35	39	40
Öffentliche Finanzen								
Landessteuern								
darunter Kraftfahrzeugsteuer	JS	Mill. DM	182	543	659	728	791	856
je Einwohner	JS	DM	72	237	284	311	347	358
Bundessteuern								
darunter Umsatzsteuer	JS	Mill. DM	462	1 333	1 461	1 554	1 635	1 738
je Einwohner	JS	DM	182	581	630	664	692	726
Steuern vom Einkommen ⁵⁾	JS	Mill. DM	150	656	802	888	1 009	1 098
je Einwohner	JS	DM	59	285	345	379	427	459
Gemeindesteuern								
darunter	JS	Mill. DM	117	321	335	348	380	406
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	JS	Mill. DM	43	221	229	238	267	287
und Lohnsumme	JS	DM	46	140	144	149	161	170
je Einwohner								
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	31.12.	Mill. DM	780 ^e	1 830	1 802	1 787	1 816	1 884
Neuverschuldung der Gemeinden und	31.12.	Mill. DM	75 ^e	617	712	809	940	1 089
Gemeindeverbände	31.12.	Mill. DM	23 ^e	371	447	522	633	756
darunter Kreditmarktmittel								

1) JS = Jahressumme 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres); 1950: nur Sommerhalbjahr 3) einschl. Kombinationskraftwagen 4) bis einschl. 1962 "Öffentliche Fürsorge"; ohne Kriegsopferfürsorge
5) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Zeilen der Landes- und Bundessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge
c) Stand am 30. 9. 1950 d) 1. 4. - 31. 12. 1960 e) Stand am 31. 3. 1951

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1965			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1965			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1966 (vorläufige Zahlen)			
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber dem		Geburten- oder Sterbe- überschuß (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)							
FLENSBURG	96 457	- 0,1	+ 0,2	24	- 92	- 68	34	-	36	106
KIEL	270 195	+ 0,2	- 0,1	30	508	538	81	2	108	136
LÜBECK	240 243	+ 0,1	+ 0,7	1	147	146	67	4	77	121
NEUMÜNSTER	74 542	- 0,1	- 0,9	26	- 85	- 59	31	-	43	139
Eckernförde	70 100	+ 0,1	+ 2,8	53	- 3	50	18	1	32	183
Eiderstedt	19 539	- 0,1	+ 0,8	2	- 12	- 14	5	-	7	140
Eutin	93 337	- 0,1	+ 1,2	15	- 99	- 84	31	-	40	129
Flensburg-Land	69 851	+ 0,2	+ 1,8	71	35	106	20	2	22	120
Hzgt. Lauenburg	138 114	+ 0,0	+ 1,5	37	- 10	27	31	1	47	155
Husum	65 268	+ 0,0	+ 0,7	40	- 9	31	14	-	17	121
Norderdithmarschen	59 323	+ 0,2	+ 1,1	35	67	102	19	-	26	137
Oldenburg (Holstein)	84 018	+ 0,5	+ 1,6	35	398	433	21	2	28	143
Pinneberg	246 518	+ 0,1	+ 3,6	145	152	297	73	1	91	126
Plön	114 876	- 0,0	+ 1,2	41	- 53	- 12	33	3	51	164
Rendsburg	163 379	+ 0,0	+ 1,0	100	- 72	28	46	2	63	141
Schleswig	99 011	- 0,0	+ 0,3	46	- 53	- 7	28	1	41	150
Segeberg	105 363	+ 0,1	+ 2,7	21	76	97	35	2	49	146
Steinburg	125 759	- 0,0	+ 0,8	19	- 36	- 17	46	1	60	133
Stormarn	162 473	+ 0,4	+ 3,6	78	559	637	57	2	80	144
Süderdithmarschen	73 498	- 0,2	+ 0,2	12	- 142	- 130	19	-	24	126
Südtondern	66 965	- 0,2	+ 3,1	45	- 186	- 141	23	-	26	113
Schleswig-Holstein	2 438 829	+ 0,1	+ 1,4	870	1 090	1 960	732	24	968	136

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾				Bauhauptgewerbe ⁵⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1965		
	Betriebe am 31. 1. 1966	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Januar 1966 in Mill. DM	Betriebe am 31. 1. 1966	Beschäftigte am 31. 1. 1966	Umsatz im Januar 1966 in Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾	
		Anzahl am 31. 1. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1965						Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	69	6 856	72	57,1	83	2 955	6,9	16 820	14 331	149
KIEL	173	31 981	119	98,3	179	7 872	10,8	48 996	41 363	153
LÜBECK	161	34 670	145	108,7	141	6 231	9,4	40 923	33 253	139
NEUMÜNSTER	59	12 012	166	25,3	59	2 346	2,7	13 424	11 247	150
Eckernförde	36	1 758	25	5,0	54	1 507	1,5	14 825	10 323	149
Eiderstedt	10	462	24	1,6	47	476	0,5	4 504	3 176	163
Eutin	53	4 194	47	14,9	113	2 026	2,3	19 607	14 412	155
Flensburg-Land	27	663	9	2,4	78	1 519	1,8	17 698	12 175	176
Hzgt. Lauenburg	102	8 784	66	24,1	132	3 142	3,9	28 229	20 665	151
Husum	25	1 386	21	2,9	132	2 252	2,3	15 383	10 586	163
Norderdithmarschen	35	1 429	21	4,2	78	2 019	5,1	13 337	9 325	158
Oldenburg (Holstein)	30	1 330	18	7,6	58	2 295	3,3	17 510	12 176	146
Pinneberg	256	23 169	94	113,5	263	5 544	9,7	47 002	37 814	156
Plön	53	2 614	23	11,9	108	3 124	4,2	25 084	17 608	154
Rendsburg	103	9 270	59	22,8	185	5 044	9,6	34 583	24 813	153
Schleswig	38	3 585	37	27,0	105	2 577	3,3	22 668	16 033	162
Segeberg	86	5 264	52	20,0	154	2 405	3,8	26 352	18 387	177
Steinburg	97	10 533	86	37,0	150	4 206	6,2	25 882	18 314	146
Stormarn	125	11 304	71	85,7	180	3 257	5,2	33 096	26 055	163
Süderdithmarschen	36	4 510	64	33,6	106	1 480	2,1	16 391	11 403	155
Südtondern	13	1 114	16	6,9	159	2 345	4,0	15 488	10 895	163
Schleswig-Holstein	1 587	176 888	74	710,7	2 564	64 622	98,7	497 802	374 354	154

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1965

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie

Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung vom 30. 6. 1965

hochgerechnet 6) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1965			Offene Stellen am 31. 1. 1966 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 9. 1965 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Januar 1966			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 12. 1965	Rindvieh am 3. 12. 1965	
		VZ 1939	Vorjahres-quartal							ins-gesamt	Milch-kühe (einschl. Zugkühe)
Schleswig-Holstein	2 433	+ 53	+ 1,3	17	15	171	88,7	10,9	1 701	1 379	505
Hamburg	1 857	+ 8	- 0,0	23	23	2	89,9	10,8	19	17	6
Niedersachsen	6 914	+ 52	+ 1,0	50	76	323	83,6	10,0	5 268	2 739	1 045
Bremen	741	+ 32	+ 1,4	9	7	2	70,2	9,8	12	18	5
Nordrhein-Westfalen	16 717	+ 40	+ 1,2	158	388	245	84,6	9,9	3 238	1 886	797
Hessen	5 162	+ 48	+ 1,7	55	135	106	77,0	9,0	1 336	885	379
Rheinland-Pfalz	3 579	+ 21	+ 1,1	25	39	76	71,3	8,2	722	739	298
Baden-Württemberg	8 413	+ 54	+ 2,1	106	321	209	70,2	8,1	1 860	1 836	828
Bayern	10 094	+ 42	+ 1,3	81	177	492	73,9	8,1	3 484	4 108	1 957
Saarland	1 127	+ 24	+ 1,0	5	23	9	70,0	9,1	73	69	31
Berlin (West)	2 199	- 20	+ 0,2	20	12	1	18,3	14,5	9	3	2
Bundesgebiet	59 234	+ 38	+ 1,3	548	1 217	1 635	78,5	9,0	17 723	13 680	5 854

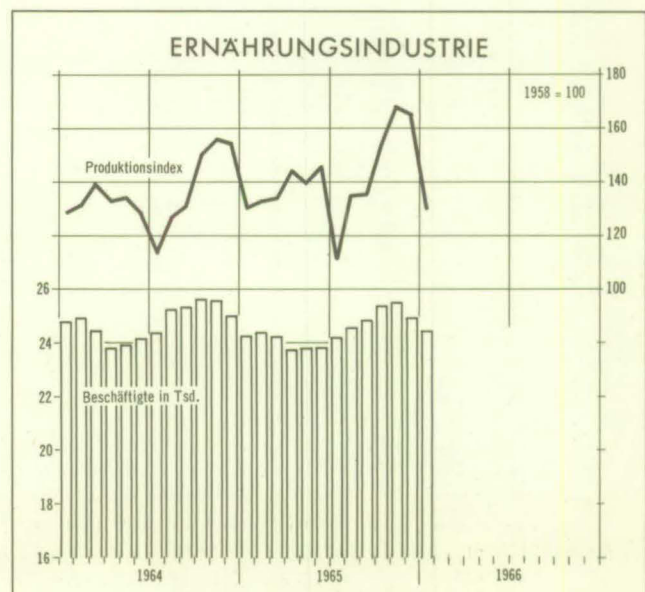
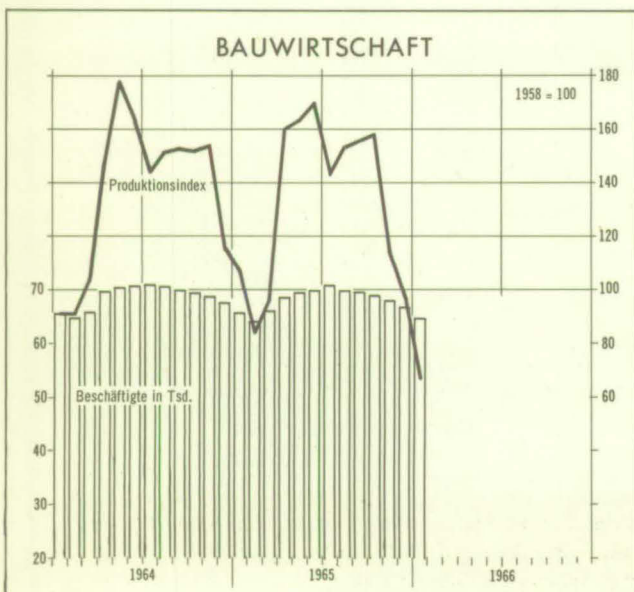
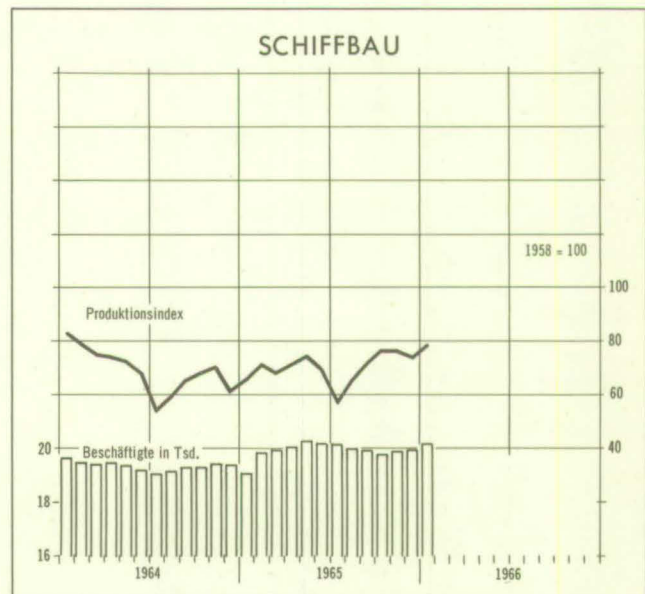
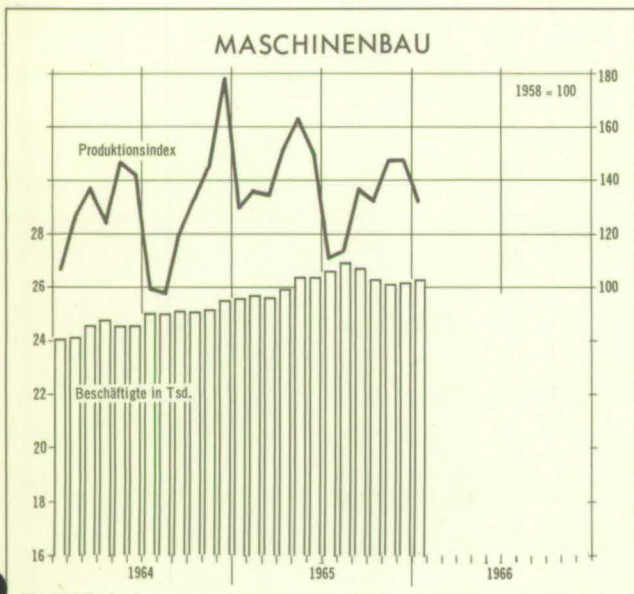
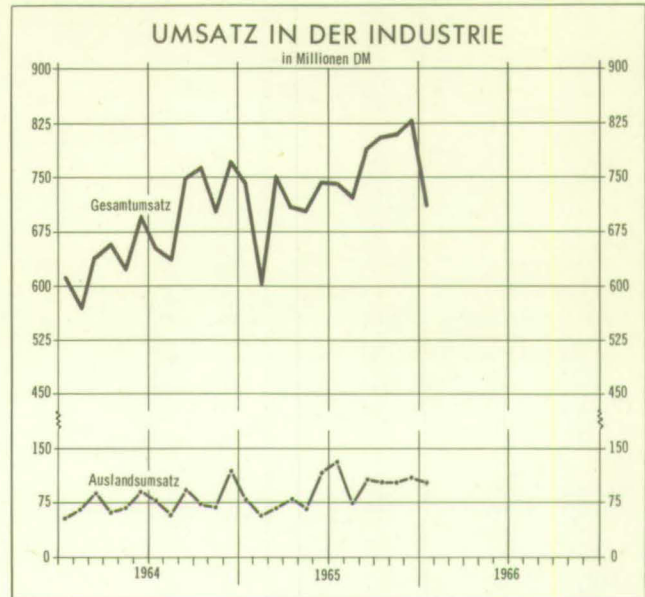
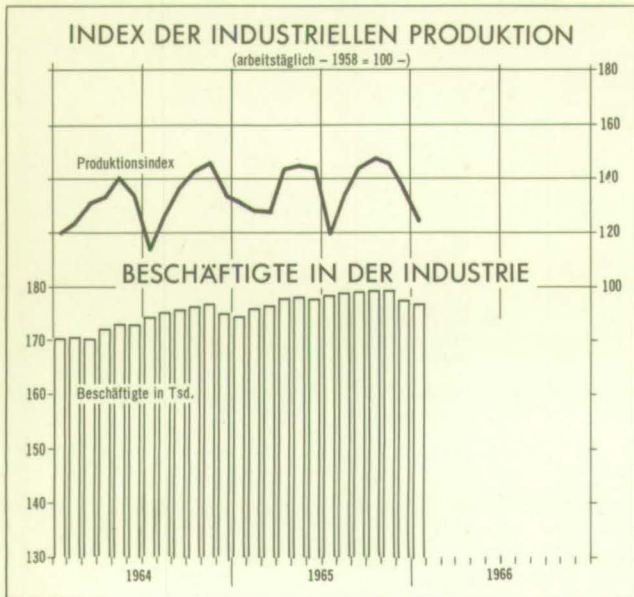
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Dezember 1965			
	Beschäftigte		Umsatz im November 1965		Produktions- index ²⁾ 1958=100 im Nov. 1965	Beschäftigte am 30. 11. 1965		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 30. 11. 1965	je 1 000 Einw. am 30. 9. 1965	Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	179	74	810,6	12,8	148	68	28	2 763	11,4
Hamburg	220	118	1 380,9	12,1	.	49	26	2 343	12,6
Niedersachsen	769	111	3 287,8	19,4	.	197	28	4 361	6,3
Bremen	101	136	566,6	19,8	.	24	32	799	10,8
Nordrhein-Westfalen	2 833	170	11 422,0	15,0	161	425	25	15 887	9,5
Hessen	719	139	2 710,5	17,9	183	152	29	4 442	8,6
Rheinland-Pfalz	382	106	1 494,2	16,1	197	98	27	1 535	4,3
Baden-Württemberg	1 515	180	5 640,0	15,2	172	254	30	8 445	10,0
Bayern	1 338	132	4 656,4	13,2	179	303	30	8 412	8,3
Saarland	171	153	473,0	30,2	.	29	26	737	6,5
Berlin (West)	287	131	1 066,8	11,1	.	45	21	1 160	5,3
Bundesgebiet	8 514	144	33 508,7	15,5	171	1 644	28	50 884	8,6

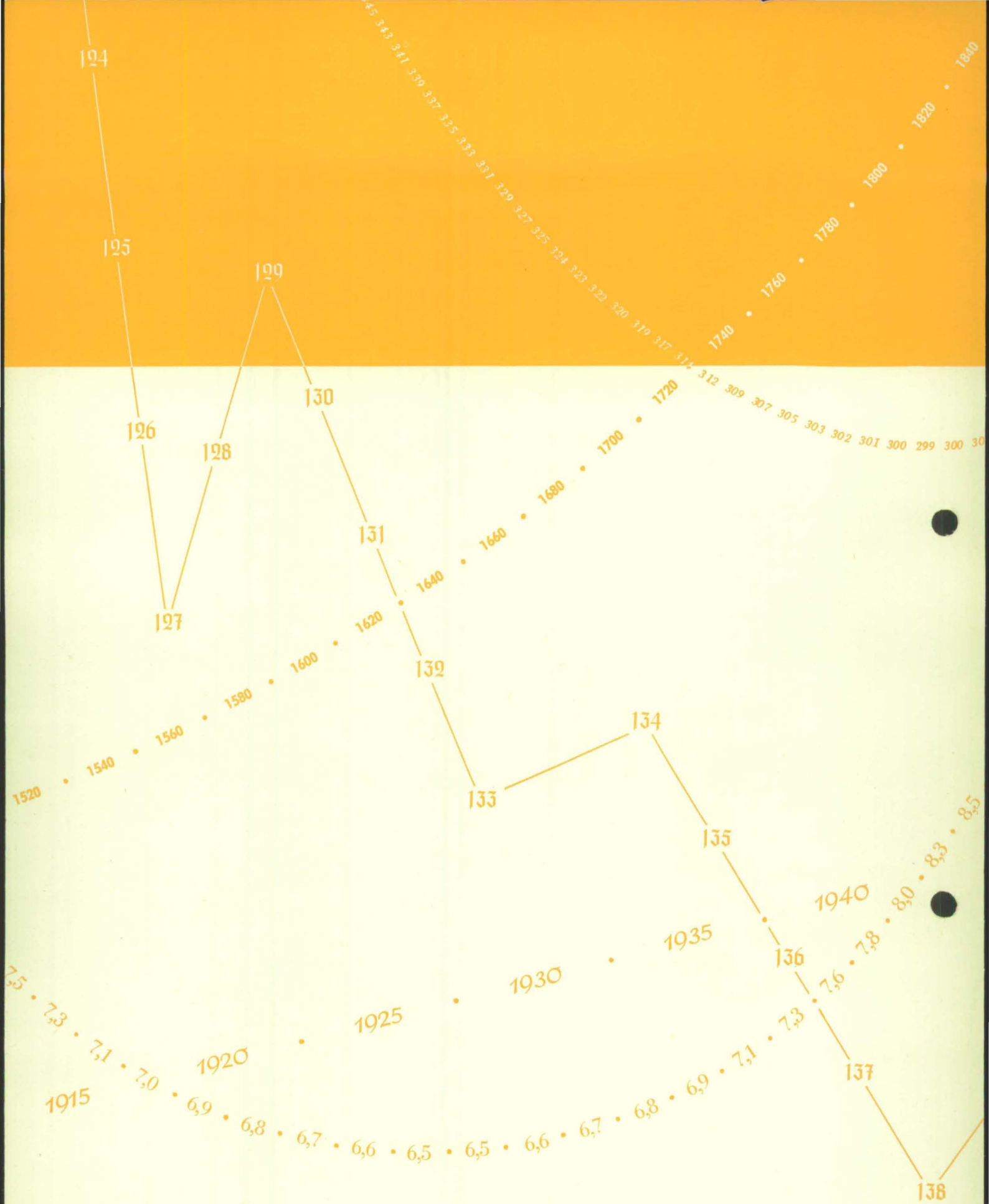
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 1. 1965			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im Dezember 1965				Bestand an Spar- einlagen 6) am 31. 12. 1965 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1965		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		Landes- 7)	Bundes- 7)	Gemeinde- 7)
		Anzahl	je 1 000 Einw.								
Schleswig-Holstein	472	348	145	1 110	82	1 419	135	1 306	96	198	44
Hamburg	355	304	164	1 027	47	1 304	132	2 366	266	1 000	70
Niedersachsen	1 362	987	144	3 599	286	4 827	142	1 613	106	185	47
Bremen	124	104	142	347	23	399	122	1 870	185	502	70
Nordrhein-Westfalen	2 977	2 387	144	8 710	491	11 211	134	1 883	155	267	58
Hessen	1 075	810	159	2 572	141	3 515	142	1 880	162	213	65
Rheinland-Pfalz	714	504	142	1 728	110	2 425	147	1 561	96	205	50
Baden-Württemberg	1 774	1 298	157	3 863	248	5 384	146	1 878	149	233	59
Bayern	2 209	1 509	151	4 498	284	6 231	145	1 771	120	190	51
Saarland	191	144	129	493	38	674	144	1 476	99	153	35
Berlin (West)	322	275	125	1 003	60	1 203	126	1 253	91	355	63
Bundesgebiet	11 575	8 671	148	28 950	1 810	38 592	140	1 772	138	256	55

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt.
1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 2) ohne Bau, arbeitstäglich 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen
5) vorläufige Zahlen 6) ohne Postspareinlagen 7) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen